

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 3 vom 20. Januar 1984

18. Jahrgang

1 DM

Querschläger

Der „Bremer Abgabenstreit“ geht weiter. Dort hatte die Arbeiterkammer einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der für alle Firmen, die keine Lehrlinge ausbilden, eine finanzielle Pflichtabgabe vorsah.

In der Bremer SPD-Fraktion führte dies zu heftigen Debatten, nachdem einerseits die Grünen bekanntgemacht hatten, sie würden im Parlament einen entsprechenden Antrag stellen, andererseits sich zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre, viele Sozialdemokraten darunter, aktiv für diesen Gesetzentwurf engagiert hatten. Sogar eine Probeabstimmung wurde organisiert, mit eindeutigem Ergebnis: mit 54:4 Stimmen wurde ein solches Gesetz abgelehnt, wegen der geäußerten Befürchtung, dann würden Betriebe aus Bremen abwandern in andere Bundesländer.

Zwar: Man kalkulierte die Aufregung in einem Teil der Parteimitgliedschaft und unter Gewerkschaftsmitgliedern ein. Aber, Arno Weinkauff, IGM-Vorsitzender von Bremen und SPD-Abgeordneter hatte signalisiert, der IGM-Vorstand werde sich ebenfalls gegen den Gesetzentwurf aussprechen und so die „Sache klarmachen“.

Und nun dieses: Im entsprechenden Brief des Vorstandes der IG Metall, verfaßt vom IGM-Sekretär Hans Preiss, äußerte dieser, im Namen des Vorstandes, Unterstützung für den Gesetzentwurf.

Ein echter Querschläger also, denn nun kann man offensichtlich den IGM-Vorstand nicht mehr dazu benutzen, wegen des Widerstands zu glätten. Der hat Position bezogen, eindeutig zunächst. Und richtig, denn, wenn man auch von solch einem Gesetz nicht allzuviel erwarten darf, so ist es doch ein richtiger Schritt, und da sich angeblich sowieso alle Unternehmer pausenlos Sorgen um Lehrstellen machen, könnte das so auch deutlich werden.

Jetzt muß es wohl Weinkauff ausbaden, dem man falsche Vorinformation vorwirft. Was man wohl nicht anders bewerten kann, als einen Versuch die eigene mehrheitlich bezogene ausgesprochene kapitalistenfreundliche Position aus der Debatte zu halten. Aber solche Querschläger surren oft in die seltsamsten Richtungen...

Auch nach dem Verbot der ANS/NA:

Nazi-Umtriebe gehen weiter

Das Verbot aller Nazi-Organisationen bleibt eine aktuelle Forderung

Der 30. Januar, Jahrestag der vom deutschen Finanzkapital betriebenen Machtübergabe an die Hitler-Faschisten, steht bevor. Unter der Bonner Rechtsregierung ein Jahrestag, den man sicher besonders ernst nehmen muß. Eine der Fragen, die in diesem Zusammenhang auftauchen, ist diese: Wie steht es mit den Umtrieben der Neonazis? Im letzten Jahr fand unter Führung des Nazi-Terroristen Michael Kühnen eine bundesweite Sammlungsbewegung der militanten Faschisten statt. Dann wurde die Aktionsfront Nationaler Sozialisten nach massiven Protesten der demokratischen Öffentlichkeit verboten. Aber: Kühnen und Co. machen weiter! Und die anderen Nazi-Organisationen bleiben gänzlich unbehelligt.

Einige Daten: Am 13. Januar trafen sich in Frankfurt-Kalbach mehr als 40 Mitglieder der ANS/NA. Ihr Vorhaben steht in Anbetracht des mitgeführten Materials und sogar kaum verhüllter eigener Aussagen ganz außer Zweifel: Sie arbeiten, recht unbekümmert ob des erst kürzlich ausgesprochenen Verbots ihrer Organisation, am Aufbau einer mit neuen Namen versehenen Organisationsstruktur und führen ihre propagandistische, volkverhetzerische Tätigkeit ganz im bisherigen Stil weiter.

Am 13. 1. schritt die Polizei ein. Aber alle Nazis waren wenige Stunden später wieder auf freiem Fuß, auch die ANS-Führer Brehl — der engste Mitarbeiter Kühnens — und Müller aus Frankfurt, die lediglich mit Meldeauflagen belegt wurden. Ein von der Staatsanwaltschaft beantragter Haftbefehl wurde abgelehnt gegen die durch mehrere laufende Verfahren belasteten Nazi-Führer — es bestünde weder Flucht-, Verdunkelungs- noch Wiederholungsgefahr!

Ein schlechter Witz, der deutlich darauf hinweist, daß das Verbot der ANS/NA mehr ein Alibi für Zimmermann als irgendetwas anderes sein sollte.

Noch in einem anderen Fall wurde die Polizei kürzlich aktiv: Kurz vor Beendigung eines Nazi-Treffens in Oldersum (Ostfriesland) am 4. 1., das demselben Zweck diente wie das in Frankfurt, wurden die verbliebenen zwölf Faschisten kurzzeitig festgenommen. Unter ihnen Michael Kühnen. Alle sind wieder frei.

30. Januar 1984
Kampftag gegen
Reaktion und Faschismus
Widerstandstag
gegen Atomraketen

Daß sie weitermachen, steht außer Zweifel. Bereits vor dem 4. 1. hatten Kühnen, Brehl und andere führende Nazi-Terroristen verschiedene Versammlungen geleitet. Nur ein Beispiel: In Würzburg erklärte Kühnen, Brehl und Müller, man werde sich zumindest in Würzburg, vielleicht auch in Neu-Ulm, an den bayerischen Kommunalwahlen beteiligen. Als Kandidat in Würzburg ist der ANS-„Standortführer“ Jürgen Bock

KVAE in Stockholm ist keine Hoffnung wert

Erneute KSZE-Folgekonferenz in Stockholm

In Helsinki war einst ein Geist geboren — längst hat er sich verflüchtigt. Und mehr als ein Geist war es in der Tat kaum, den irgend etwas davon gesehen hat wohl niemand. Jahre später kam die KSZE-Folgekonferenz Nummer 1, in Madrid. Da waren zwar vielleicht Geister am Werk, die Uhren im Sitzungssaal wurden abgestellt, um den vereinbarten Zeitpunkt nicht zu überschreiten, aber von einem „Geist von Madrid“ wagte nun wahrlich keiner zu reden: Zu schnell hätte er sich als Ungeist der Zeit entpuppt. Jetzt also „KVAE“ in Stockholm, laut einem in Madrid beschlossenen Abkommen, eine weitere Folgekonferenz also.

KVAE das heißt „Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“. Miteinander reden ist besser als aufeinander schießen, ist so ungefähr das einzige, was an Positivem über dieses Treffen gesagt werden könnte — wenn da überhaupt miteinander geredet würde. Aber schon in Madrid war das deutlich gemacht worden, was in Helsinki nur bei genauerer

Beobachtung zu sehen war: man redete gar nicht miteinander sondern gegeneinander. Bei der KSZE wurde das damals erst im Anschluß richtig deutlich, als ständige gegenseitige Vorwürfe, der jeweils andere habe die dort verabschiedete Schlußakte verletzt, klarmachten, wie wenig aussagefähig dieses Papier gewesen war.

Das ist aber natürlich nur die eine Seite, die die faktischen Er-

gebnisse dieser Konferenzen für sich genommen betrachtet. Bezieht man, wie es ja wohl für eine ernsthafte Bewertung einer solchen Konferenz not tut, nicht nur das beschriebene Papier, sondern auch die Entwicklung in der Wirklichkeit ein, so ist das Ergebnis noch viel eindeutiger. Während eine Konferenz der anderen folgt, und diese Serien selbst auf dem Papier immer weniger auch nur scheinbar Greifbares produzieren, wurde pausenlos weiter gerüstet. Die beteiligten Mächte zeichneten sich durch serienweise Verletzungen der Souveränität außereuropäischer Staaten ebenso aus, wie durch die Fortsetzung der Unterdrückung im eigenen Land. Nun war es eben nichts mit Genf, Wien und Madrid, also auf nach Stockholm und die

ganze Presse überschlägt sich anhand der wirklich nicht erfolgversprechenden Begegnung eines Shultz mit Gromyko. Nein: Ergebnisse sind von einer solchen Konferenz keine zu erwarten. Das mag einem gefallen oder nicht, es ist die logische Konsequenz aus der politischen Lage wie sie sich bisher entwickelt hat.

So bleibt es bei diesem Stockholmer Treffen klarer als je zuvor zu sagen, daß hier eine Nebelwand aufgebaut werden soll, Friedensbemühungen vorgetauscht werden, während beide Seiten ihre typisch imperialistischen Maßnahmen der „Abschreckung“ des „Gleichgewichts“, das jeder für sich in Anspruch nimmt noch nicht erreicht zu haben, fortsetzen, kurz: weiter aufrüsten.

Diese Woche

BR-Wahl bei
Dogmoch:
97 Prozent
für Kommuni-
sten
Seite 5

Zum
60. Todestag
von
W. I. Lenin
Sonderseiten
6/7

Interview mit
Z. Mofokeng
von der
südafrikani-
schen
Gemeinde-
arbeiter-
gewerkschaft
Seite 11

Beim Brand im Westberliner
Abschiebegefängnis:

Zellen zugeschlossen, Schlüssel weggeworfen

Der Tod der sechs Ausländer, die in der Silvesternacht beim Brand im Westberliner Abschiebegefängnis Augustaplatz ums Leben kamen, geht nach inzwischen vorliegenden Aussagen von Mithäftlingen eindeutig auf die Verantwortung der Wachbeamten.

Bei Beginn des Brandes standen alle Zellentüren offen. Erst danach wurden sie verschlossen — die einzige Sorge der Beamten: Keiner soll fliehen können. Die Insassen der Zelle A des Gebäudes, denen die Polizei zunächst verleumderisch anhängen wollte, die Beamten beim Löschen gehindert zu haben, verhindern lediglich das Verschließen ihrer Zelle. Die Folge: Sie überlebten. Es gelang ihnen auch, das Öffnen der Zelle D zu erwirken und die Insassen zu befreien. Für die Zellen B und C kamen ihre Rettungsversuche zu spät — die Wärter hatten die Schlüssel weggeworfen.

Fest steht inzwischen auch,

was die „taz“ bereits in den ersten Tagen nach diesen tragischen Geschehnissen aufgedeckt hatte: Alle sechs Opfer saßen völlig zu Unrecht in dem Gefängnis. Als Opfer deutscher Behördenwillkür. Es bleibt dabei: Die Wärter haben ihren Tod verursacht. Ihr Verhalten illustriert drastisch, welcher Geist gegenüber den Ausländern in den Haftanstalten herrscht. Die eigentlich Verantwortlichen aber sind diejenigen, die die gegenwärtige extrem ausländerfeindliche Politik betreiben, zu der auch die Zerstörung des Anspruchs auf politisches Asyl zählt. Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Gegen die Raketenstationierung:

Volksbefragung am 17. Juni

Auf einer Klausurtagung am 12./13. Januar beschloß der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung einen Aufruf zur selbstorganisierten Volksbefragung über die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles, die am 17. Juni durchgeführt werden soll.

Vor den Wahllokalen zu der an diesem Tag stattfindenden Europawahl sollen die Bürger sich zu folgenden Fragetexten äußern:

„Ich lehne die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles ab. Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen

Stopp der Stationierung und den Abbau der bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen.

Damit sollen ein Stopp (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West — insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen — eingeleitet werden. Ja/Nein.“

In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung ruft alle Bürgerinnen und Bürger ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, des Berufes oder der Religion auf, sich an den Vorbereitungen aktiv zu beteiligen und an den Abstimmungen der selbstorganisierten Volksbefragung teilzunehmen.“

Stimmen Sie der Forderung nach Stopp der Raketen und Abbau der bereits stationierten Raketen zu!“

Wir halten es für wichtig, daß diese Volksbefragung ein Erfolg wird. Nachdem dieser Beschluß getroffen wurde, wird die Friedensbewegung auch daran gemessen werden, was sie daraus zu machen versteht. Wir rufen deshalb unsere Leser auf, sich aktiv an der Volksbefragung zu beteiligen.

Schwul oder nicht schwul . . .

Wenn es um einen General geht, ist alles anders — oder?

Eine Frage bewegt die Medien der Bundesrepublik: Ist der — von Wörner geführte — Vier-Sterne-General Günter Kießling schwul?

Zehn Seiten darüber allein im letzten „Spiegel“. Bei uns werden es, das sei versprochen, nicht ganz so viele. Aber ganz entgehen lassen wir uns die Behandlung dieser täglich neu aufgewärmten Frage doch nicht.

Wer schwul ist, wird gefeuert. Ist das die Saubermann-Maxime der Regierung, die die „geistig-moralische Wende“ zum Leitsatz erhob? Wer schwul ist, ist erpreßbar, heißt es. Und: Wehe den armen Soldaten, wenn einem solchen Vorgesetzten mal die Sicherung rauspringt und er sich nicht mehr beherrschen kann. Unzumutbar.

Gegenfrage: Warum wird es dann überhaupt zugelassen, daß — die Heterosexualität erst mal (ganz wertfrei statistisch) als Normalzustand vorausgesetzt — Männer Vorgesetzte von Frauen sein dürfen? Oder umgekehrt? Da brennt die Sicherung doch sicher öfter durch. Das scheint dann normal zu sein; speziell mit der Vergewaltigung, Nötigung oder Belästigung weiblicher Untergeordneter nimmt man es bei uns nicht so genau, und daß die Wende-Regierung daran etwas geändert hätte, wird man schwerlich beweisen können.

Das ist der von Wörner so geschätzten Manneszucht aber auch nicht abträglich.

Eins muß man Wörner ja lassen. Er macht sich wirklich viele Gedanken über die Kontakte „seiner“ Soldaten. Beziehungsweise die Unterbindung solcher Kontakte. Nicht nur sexueller Natur. Man denke an sein an die Bundeswehrangehörigen gerichtetes Verbot, an einer Tagung in Loccum teilzunehmen, bei der Alfred Mechttersheimer mitdiskutieren sollte. Vielleicht will er sie ja vor geistiger AIDS bewahren, vor

einem Zerfall der Immunitätsstruktur, der Abwehrbereitschaft gegenüber atomkriegsfeindlichem Gedankengut.

Inzwischen mögen sich allerdings selbst die Hintermänner des Ministers Gedanken darüber machen, ob er unbedingt der geschickteste Mann für seine Rolle ist.

Eigentlich erscheint es doch geradezu pervers, sich ausgerechnet Wörner und seinesgleichen als Wahrer der moralischen Integrität und Menschenwürde der Soldaten vorzustellen. In der Bundeswehr bedarf es nicht schwuler Generale, damit sie mit Füßen getreten werden; es bedarf nur der Generale an sich und anderer treudeutscher Vorgesetzter. Die ganze Einrichtung dieses und anderer Gewaltapparate des kapitalistischen Staates ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde, und NATO-Strategen wie Wörner, die mit dem Einsatz der ganzen Waffenarsenale planen, die Bundeswehr und NATO zur Verfügung stehen, haben einfach das Recht verloren, moralische Sauberkeit für sich in Anspruch zu nehmen.

Sind Schwule erpreßbar? — Vielleicht in dem Sinne, eher als andere, daß sie gegen ein trotz des Wegfalls der offiziellen Strafbarkeit homosexueller Handlungen zwischen männlichen Volljährigen immer noch gegen behütetes gesellschaftliches Tabu verstoßen und bei einem „Herauskommen“ ihrer Neigungen eben Nachteile zu befürchten haben. Der Staat hat noch immer ein Klima der Angst um gesellschaftliche Gruppen geschaffen, die als Unerwünscht gelten.

Da bedarf es immer besonderer Charakterfestigkeit (oder, auf der anderen Seite, besonderer Bindungslosigkeit und „Leckt-mich-am-Arsch“-Haltung), seine Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe zu bekennen. Und Erpressungen standzuhalten, wenn Enthüllungen zumindest schwerwiegende per-

sönliche Nachteile nach sich ziehen müßten, ist nicht leicht. (Bloß: In unseren Augen ist ein Bundeswehrgeneral, dem es auch nach einer Pensionierung noch viel besser geht als einem einfachen Menschen, hierfür kein sehr interessantes Beispiel ...)

Hat man sich aber wirklich um eine solche eventuelle Erpreßbarkeit des Generals Gedanken gemacht? Und gar nur darum? Warum dann die ungeheuer überstürzte Aktion ohne sorgfältige Überprüfung der Vorwürfe (inzwischen soll ja mindestens ein „Doppelgänger“ Kießlings aufgetaucht sein)?

Gab es die von verschiedenen Seiten angeführten Mißstimmigkeiten zwischen Kießling und dem NATO-Oberbefehlshaber Rogers? Darüber wird nun zwar viel gemunkelt, aber worin die nun bestanden haben sollen, darüber erfährt man effektiv nichts.

Manche machen schon ihre Witze darüber. Frage: „Worum haben sich Rogers und Kießling gestritten?“ — Antwort: „Um den jungen blonden Oberleutnant ...“ Vielleicht ist ja auch Wörner schwul. Aber das ist ganz nebensächlich.

Es gibt auch noch andere Gesichtspunkte. Der General selbst scheint nach seinen Äußerungen gar nicht sicher, ob es sich bei Homosexuellen überhaupt um Menschen handelt. Auf seine mögliche Gegenüberstellung mit Leuten aus dem Kölner „Homo-Milieu“ angesprochen, erklärte er im „Spiegel“: „... ich bin entsetzt, daß der Minister solchen — wie soll ich sie nennen — Personen mehr glaubt als meinem Ehrenwort“. Tja, wie soll er sie nennen?

Als deutscher Offizier hält Kießling also viel auf sein Ehrenwort. Er möchte auch, daß es höher bewertet wird als die Geheimdienstberichte.

Es fällt schwer, sich ange-

sichts der bundesdeutschen Wirklichkeit losgelöst und wertfrei über Ehrenworte zu unterhalten. Angesichts der Forderung Kießlings, die ja von maßgeblichen Kreisen sehr ernst genommen wird, denkt man doch an die Fälle, in denen normale Menschen mit Geheimdienstausagen konfrontiert wurden, die auch über ihr berufliches Schicksal entschieden. Zum Beispiel Lehrer in Berufsverbotsverfahren. Oder Antifaschisten und Revolutionäre vor Gericht. Was zählt ihr Wort gegen oftmals deutliche Lügen und Rechtsbrüche der Staatsapparate? — Da sollten bestimmte Kreise doch den Mund etwas weiter aufmachen, nicht nur, wenn ein General betroffen ist. Zum Beispiel die SPD. Aber Bundeswehrgeneräle zählen in diesen Kreisen schon ihres Titels und ihrer Funktion viel mehr.

Und auch dies ist bezeichnend für die bundesdeutsche Wirklichkeit: Da wird ein General, womöglich ungerechtfertigt, entlassen — und alles steht Kopf. Da profiliert sich die parlamentarische Opposition mit der Forderung nach dem Rücktritt des verantwortlichen Ministers.

Daß laufend Tausende und Zehntausende Arbeiter entlassen werden, scheint demgegenüber doch von weit geringerer Bedeutung. Das findet man auch kaum ungerechtfertigt. Es kommt eben auf den Standpunkt an. Darüber soll auch kein Minister stürzen.

Das aber ist es doch, was uns eigentlich interessieren sollte. Was schert uns ein Vier-Sterne-General; auch wenn er eine Flasche ist, kann man ihn nicht einmal trinken. Ob mit oder ohne Fall Kießling, von uns aus — und sicher im Interesse der werktätigen Bevölkerung unseres Landes — könnten Wörner, seine Kabinetts- und Gesinnungskollegen und das gesamte Offizierscorps der Bundeswehr lieber heute als morgen in der Versenkung verschwinden.



Hat er sein Bündel schon gepackt? — Wohl kaum!

Wochenseminare der KPD 1984

- Themen: Einführung in die politische Ökonomie + Klassen und Klassenkampf + Staat und Revolution + Der Imperialismus + Was bringt uns der Sozialismus + Aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung.
- Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
- Unkostenbeitrag pro Woche nur 35,— DM.
- Anmeldungen bei Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, 3000 Hannover 91, Tel.: (0511) 466529.
- Termine: 16.—22. Januar 1984
20.—26. Februar 1984
24.—29. April 1984 (Osterferien)
17.—23. September 1984
- Vom 7.—13. Mai findet ein Wochenseminar in türkischer Sprache statt.

Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom bis an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen.

Name Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Hessen:

Grüne verhandeln mit Börner

Die Landesversammlung der hessischen Grünen am vergangenen Wochenende brachte den Willen der eindeutigen Mehrheit der Versammelten zum Ausdruck, nach Möglichkeit mit der SPD zusammenzuarbeiten. Wem ist damit gedient?

Entgegen vielen grundsätzlich oppositionellen Diskussionsbeiträgen und schließlich entgegen den Stimmen von geschätzten 40 Prozent der Teilnehmer fiel die Entscheidung zugunsten der Zusammenarbeit mit der von Holger Börner geführten SPD. Es wird zunächst weiterverhandelt zwischen „Grün und Rot“, wie es so schön oberflächlich heißt. Inhaltlich geht es darum, den Weg freizumachen zu einer Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung und die Zustimmung zum Etat 1984 Landeshaushalt.

Was die einen den „Anfang einer realen Utopie“ und eine „historische Stunde für die Partei“ (Landtagsabgeordneter Karl Kerschgens) nennen, ist für die anderen Verrat an den Grundprinzipien der gesamten grünen Bewegung.

Die SPD hat ihre Position für weitere Verhandlungen ganz deutlich gemacht: Sie wollte ein eindeutiges Votum für die Zusammenarbeit, für die „Politikfähigkeit“ — wie sie es nennt — der Grünen von der Landesversammlung haben. Und sie

hat klargestellt: Zusammenarbeit nur zu den bisher bekannten Bedingungen, keinerlei neue Zugeständnisse, keine „Zusatzverhandlungen“. Das heißt auch: Das Atomkraftwerk Biblis wird nicht abgeschaltet. Die Startbahn West wird gebaut.

Da meinte ein Mitglied des Frankfurter Kreisvorstandes, der einzige Erfolg, den die Grünen erzielt hätten, seien sieben Millionen DM, die nun

von der Regierung für alternative Betriebe in Aussicht gestellt worden seien — „das ist also die Summe, für die man uns kaufen will.“ Ein Riß bahnt sich an, einige gaben ihren Mitgliedsausweis gleich auf der Versammlung zurück.

Ob grüne Prinzipien oder nicht — das ist aber nicht die eigentliche Frage, kann nicht die eigentliche Frage für die Werktätigen sein. Wie der „Rote Morgen“ bereits vor einiger Zeit schrieb, kommt es im wesentlichen auf die Inhalte eventueller Vereinbarungen an, die Grüne und SPD in Bezug auf die



Abstimmung in Usingen

Korrespondenz

Der Geist von Esterwegen

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hält es für „unnötig“, in dem ehemaligen Konzentrationslager Esterwegen eine Gedenkstätte zu errichten. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Peter K. Würzbach (CDU), erklärte im vergangenen Monat im Bundestag auf einen entsprechenden Antrag der SPD, die Bundeswehr benötige das Gelände für Reservelazarette. Die SPD hatte ihren Antrag u.a. damit begründet, das einrichtende Informationszentrum auf dem ehemaligen KZ-Gelände solle dazu dienen, die Besucher über die Geschichte des Faschismus im Emsland zu unterrichten. Vor allem sollten die Jugendlichen sich hier auch anhand von gesammelten Materialien über die Gefahren des Neofaschismus informieren können. Hans Apel (SPD), ehemaliger Verteidigungsminister hatte die Genehmigung zum Bau der Gedenkstätte bereits erteilt. Der Amtsnachfolger und jetzige Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) zog die Erlaubnis wieder zurück. Der CDU-Abgeordnete Rudolf Seiders sprach sich ebenfalls gegen ein solches Informationszentrum unnötige weitere öffentliche Mittel in Anspruch nehmen. In Niedersachsen bestehe zudem eine zentrale Gedenkstätte in Bergen-Belsen für die Opfer des Nationalsozialismus.

In Esterwegen, dem kleinen Ort im Emsland, im Moorgebiet, wurde eines der ersten Konzentrationslager geschaffen, erbaut von den Häftlingen des benachbarten Schutzhaftlagers Börgermoor im Sommer 1933. In diesem Lager schrieb ein inhaftierter Bergarbeiter das inzwischen in aller Welt populär gewordene Börgermoordlied, heute unter dem Titel „Die Moorsoldaten“ bekannt.

Als Esterwegen fertiggestellt war, wurde das Schutzhaftlager Börgermoor aufgelöst und die Insassen kamen auf Befehl Himmlers (Reichsführer der SS und Inspektor der preuß. Geh. Staatspolizei) in das neu erbaute KZ. Später wurde es auf Himmlers Anordnung aufgelöst. Himmler erklärte dazu: „Sachsenhausen bei Berlin — das ist das frühere Lager Esterwegen im Emsland. Dieses Lager im Emsland habe ich aufgelöst auf die Vorstellungen des Reichsar-



beitsführers Hierl hin, der mir ebenso wie die Justiz erklärte, es sei falsch, wenn man dem einen sage, der Dienst im Moor, ein Land urbar zu machen, sei ein Ehrendienst, während man den andern als Häftling dort hinsetze und ihm sage: Dir, Bursche, werde ich schon Mores beibringen, dich schicke ich ins Moor. Das ist in der Tat unlogisch, und ich habe nach einem halben oder dreiviertel Jahr das Lager in Esterwegen aufgelöst und habe es in die Nähe von Oranienburg nach Sachsenhausen verlegt.“

In Esterwegen wurde der SPD-Abgeordnete Ernst Heilmann ermordet, hier erlitten der Reichstagsabgeordnete der KPD Dr. Theobald Neubauer und der Schriftsteller und Herausgeber der „Weltbühne“, Carl von Ossietzky unvorstellbare Qualen, bevor sie später in anderen KZs umgebracht wurden. Das Lager Esterwegen, von den Häftlingen auch Moorage genannt, hatte eine besonders brutale Wachmannschaft (aus den Bewachungsmannschaften der KZs entstanden die berüchtigten Totenkopfverbände der SS), die hier die erste Disziplin- und Strafordnung der Konzentrationslager des dritten Reiches einführt.

Der Antrag der SPD wurde zur weiteren „ernsthaften“ Be-

ratung an die Ausschüsse verwiesen. Wie das Ergebnis aussehen wird, weiß man bereits: Kein Mahnmal für Esterwegen.

Auszug aus der Disziplin- und Strafordnung des Konzentrationslagers Esterwegen

v. 1. 8. 34

§ 1

mit 3 Tagen strengem Arrest wird bestraft:

1. wer nach dem Weckruf nicht sofort die Schlafstätte verläßt oder das Bett oder die Stube nicht in Ordnung bringt.

§ 4

mit 8 Tagen strengem Arrest wird bestraft:

1. wer zum Zwecke der Beschwerde Unterschriften sammelt.
5. wer sich in einer fremden Barackenstube, auch innerhalb der eigenen Gefangenen-Kompanie aufhält.

§ 8

mit 14 Tagen strengem Arrest und mit je 25 Stockhieben zu Beginn und am Ende der Strafe werden bestraft:

2. wer in Briefen oder sonstigen Mitteilungen abfällige Bemerkungen über nationalsozialistische Führer, über Staat und Regierung, Behörden und Einrichtungen zum Ausdruck bringt, marxistische oder liberalistische Führer oder Novemberparteien verherrlicht, Vorgänge im Konzentrationslager mitteilt.

§ 1

Wer im Lager, an der Arbeitsstelle, in den Unterkünften, in Küchen und Werkstätten, Aborten und Ruheplätzen zum Zwecke der Aufwiegelung politisiert, aufreizende Reden hält, sich mit anderen zu diesem Zwecke zusammenfindet, Cliquen bildet oder umherteibt, wahre oder unwahre Nachrichten zum Zwecke der gegnerischen Greuelpropaganda über das Konzentrationslager oder dessen Einrichtungen sammelt, empfängt, vergräbt, weiter erzählt, an fremde Besucher oder an andere weitergibt, mittels Kassiber oder auf andere Weise aus dem Lager hinaus schmuggelt, Entlassenen oder Überstellten schriftlich oder mündlich mitgibt, mittels Steinen usw. über die Lagermauer wirft, oder Geheimschriften anfertigt, ferner wer zum Zwecke der Aufwiegelung auf Barackendächer steigt, durch Lichtsignale oder auf andere Weise Zeichen gibt, oder nach außen Verbindung sucht, oder wer andere zur Flucht oder einem Verbrechen verleitet, hierzu Ratschläge erteilt oder durch andere Mittel unterstützt, wird kraft revolutionären Rechts als Aufwiegler gehängt!

§ 19

Arrest wird in einer Zelle, bei hartem Lager, bei Wasser und Brot vollstreckt. Jeden 4. Tag erhält der Häftling warmes Essen. Strafarbeit umfaßt harte körperliche oder besonders schmutzige Arbeit, die unter besonderer Aufsicht durchgeführt wird. Als Nebenstrafen kommen in Betracht: Strafoxerzieren, Prügelstrafe, Postsperrung, Kostentzug, hartes Lager, Pfahlbinden, Verweis und Verwarnungen.

Sämtliche Strafen werden aktlich vermerkt. Arrest und Strafarbeit verlängern die Schutzhaft um mindestens 8 Wochen; eine verhängte Nebenstrafe verlängert die Schutzhaft um mindestens 4 Wochen. In Einzelhaft verwahrte Häftlinge kommen in absehbarer Zeit nicht zur Entlassung.

Inspektion der Konzentrationslager RFSS
gez. Eicke
SS Gruppenführer

Volkskorrespondenten berichten

... über das, was in anderen Zeitungen nicht, nur am Rande, oder aus anderer Interessenlage heraus geschrieben steht. Volkskorrespondenzen waren von jeher und faktisch ohne Unterbrechung ein wichtiger Bestandteil des Roten Morgen. Was jetzt neu ist, ist lediglich, daß wir eine Reihe von solchen Berichten auf einer Seite zusammengefaßt haben, um das Wesen dieser Sache deutlicher zu machen. Das werden wir auch in Zukunft — von Zeit zu Zeit — tun. Hier ergab es sich, weil es ausschließlich Korrespondenzen aus dem Raum Niedersachsen sind. Jeder kann schreiben, er muß sich nur aufrufen, Berichtenswertes gibt es genug.

Korrespondenz

Ehrenbürger Adolf Hitler

In dem kleinen Ort Vechelde bei Braunschweig ist Adolf Hitler seit 50 Jahren Ehrenbürger. Angeblich hat keiner der Ratsherren etwas von dieser Ehrenbürgerschaft gewußt, die Adolf Hitler im Jahr 1933 zuteil wurde. Erst auf einer Jubiläumssitzung sei diese Tatsache ans Licht gekommen. — Das zu glauben, fällt nicht leicht, denn die Ratsherren tun sich mit der Streichung der Ehrenbürgerschaft recht schwer. Wie die „Peiner Allgemeine Zeitung“ schreibt, meinte der Bürgermeister, wenn der Gemeinderatsbeschuß aus dem Jahr 1933 noch Gültigkeit habe, „so müssen wir das aufheben“. Aber er weiß nicht, wie das nach dem Tod eines Ehrenbürgers aussehen soll. Erst einmal soll in der nächsten Verwaltungsausschußsitzung der Ge-

meindedirektor beauftragt werden, die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen. Der CDU-Sprecher erklärte: „Wir können die Geschichte nicht zurückdrehen“. Es müssen nun die rechtlichen Verhältnisse geklärt werden. Und der SPD-Sprecher meint allerdings: „Für mich war das eine Überraschung, aber im Grunde ohne politische Bedeutung“, denn dieser Beschuß sei ja schon nicht mehr von einem frei gewählten Gemeinderat gefaßt worden. „Ich gehe davon aus, daß es nichts weiter ist, als eine historische Begebenheit, eine Sache, die erledigt ist.“ Nun denn, da dürfte ein Beschuß auf der nächsten Ratsherrensitzung, die Ehrenbürgerschaft Hitlers zu löschen, die einfachste und schnellste Lösung sein.

Korrespondenz

Die „Einladung“ zum Arbeitsamt

Schöne Worte sollen aufwerten. So wie die Reinigungsfirma von Jahren für Putzfrau die Worte Raumpflegerin oder „Parkettkosmetikerin“ erfanden, ersetzt jetzt das Arbeitsamt das Wort Aufforderung oder Vorladung durch „Einladung“. Jedenfalls das Arbeitsamt Helmstedt. Als ich das Wort „Einladung“ zum ersten Mal hörte, war ich doch ganz schön verblüfft. Das Ganze war so:

Ich hatte als Arbeitsloser eine Mitteilung vom Arbeitsamt erhalten, mich dann und dann dort einzufinden zwecks Arbeitsberatung. Pünktlich saß ich mit vielen anderen Arbeitslosen im Warteraum. Kurz nach neun Uhr öffnete sich die Tür von Zimmer 3 und eine Sachbearbeiterin steckte ihren Kopf raus: „Ist jemand mit einer Einladung hier?“ Keiner meldete sich. Die arbeitslose junge Frau neben mir schaute mich fragend an. Ich sie auch, denn ich hatte das Wort „Einladung“ immer als etwas Freundliches, Angenehmes in Erinnerung. Und der Aufforderung einer Behörde folgte ich mit gemischten Gefühlen, jedenfalls mit keinen angenehmen. Ein junger Mann, der am Bildschirm die Stellenangebote durchklimperte, sagte schüchtern: „Ich will mich arbeitslos melden“. „Kommen Sie bitte“, darauf die Dame vom Arbeitsamt und ließ den jungen Mann ein. Und bevor wir anderen noch etwas sagen konnten, war die Tür wieder zu. Nach einer ganzen Weile kam der junge Mann wieder raus und die Frau fragte: „Wollen sich alle arbeitslos melden oder hat noch jemand eine Einladung?“ — Wieder dieses Wort. Ich sagte: „Ich habe eine Aufforderung, hier zwecks Arbeitsberatung vorzusprechen“, und zeigte ihr das Schreiben vom Arbeitsamt. „Das ist doch die Einladung, nach der ich fragte“, korrigierte sie uns. „Haben Sie alle eine

Einladung?“ — Ja, wir hatten alle diese „Einladung“ vom Arbeitsamt erhalten. Die Sachbearbeiterin sammelte nun die „Einladungen“ alle ein und rief uns nacheinander ins Zimmer. Als ich dran war und alles erledigt hatte — die Arbeitsberatung bestand lediglich aus der Leistung einer Unterschrift —, sagte ich der Sachbearbeiterin, was ich unter Einladung verstand. „Das sagen wir hier alle so, das ist Anweisung“, klärte sie mich auf. Daß ich das als Vernebelung und Verschleiße- rung der Arbeitslosen, um diesen den Weg zum Arbeitsamt schmackhafter zu machen, empfand, sah sie natürlich nicht so. Sie gab aber zu, daß früher die Worte Vorladung und Aufforderung üblich waren. Ich zeigte der Dame vom Arbeitsamt noch den Passus in der „Einladung“: „Wenn Sie ohne wichtigen Grund dieser Aufforderung, beim Arbeitsamt vorzusprechen, nicht nachkommen (Meldeversäumnis), wird Ihnen Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosenbeihilfe vom Tage nach dem Meldetermin an für die Dauer von zwei Wochen nicht gezahlt“. Nun wurde sie nachdenklich, denn eigentlich hätte da ja statt Aufforderung „Einladung“ stehen müssen, und sie wollte darüber mit ihren Kollegen sprechen.

Inzwischen wurde ich wieder mit einer „Einladung“ aufgefordert, zum Arbeitsamt zu kommen. Das vorherige Gespräch hatte nichts gebracht. Im Gegenteil: An allen Türen hängt nun ein großes Schild mit der Aufschrift „Bitte Zimmer 7 vorsprechen (außer bei Einladungen)“. Zimmer 7 ist die Anmeldung.

Schöne Worte also, die den Arbeitslosen einwickeln sollen. Das Pech für das Arbeitsamt allerdings: Worte sind Schall, Tatsachen zählen. E. L., Gifhorn

Korrespondenz

Ausländer nicht erwünscht

Der Haß auf die Ausländer wird immer größer. Die Zeitung „neue braunschweiger“ berichtet aus Braunschweig folgenden Fall: „Gut gelaunt fuhren drei Braunschweiger Ehepaare am ersten Weihnachtstag in das Tanzcafé am Bohlweg. Sie wollten einen vergnügten Abend verbringen. Ein Tisch in dem Lokal war vorbestellt, dem Schwof konnte also nichts mehr im Wege stehen. Doch es kam anders. Die Eheleute Herta und Enzo Anzolino waren mit ihren Freunden Monika und Giuseppe Belano vorausgefahren. Als sie an der Kasse nach den reservierten Tischkarten fragten, wurde ihnen unverblümt mitgeteilt, daß Ausländer in dem Tanzlokal nicht erwünscht seien.

Herta und Monika sind mit Italienern verheiratet. Auch die etwas später eingetroffenen Bekannten Renate und Hans konnten nichts ausrichten. Den

deutschen Frauen wollte man den Eintritt gewähren, aber: „Ausländer, nein!“

Enzo Anzolino sagte dazu, in seinem 18jährigen Aufenthalt in der Bundesrepublik sei er noch nie mit einer derart massiven Ausländerfeindlichkeit konfrontiert worden.

Der Geschäftsführer erklärte zu dem Vorfall später, unter seinen Stammkunden befänden sich bereits 20 Prozent Ausländer, mehr könne er aber seinen Gästen nicht zumuten. Auch sein Personal habe die strikte Anweisung, Ausländern die Tür zu weisen. Er könne sich seinen Namen schließlich nicht kaputt machen lassen. Die abgewiesenen Ehepaare sagen dazu be- rechtigt: Der nächste Schritt seien Schilder an den Türen mit der Aufschrift „Ausländer unerwünscht“.

E. R. Braunschweig

Kleine Chronologie zur 35-Stunden-Woche (2)

In der ersten Folge unserer „Chronologie“ im Roten Morgen 1/84 hatten wir den Zeitraum vom 13. Dezember 83 bis zum Jahresende abgedeckt, also vom offiziellen Beginn der ersten Tarifverhandlungen bis zum Loch zur Jahreswende —

2. Januar 84

In zahlreichen Verwaltungsstellen der IG Metall treten die beschlossenen Aktionspläne für die Monate Januar bis März 1984 in Kraft, die in der Regel, wie beispielsweise jener aus Hattingen, wöchentliche Informationsstände in den städtischen Zentren des gewerkschaftlichen Bereichs ebenso umfassen, wie Plakataktionen, Diskussionsveranstaltungen usw.

Im neu erschienenen „ÖTV-Magazin“ für Januar werden verschiedene konkrete Rechnungen bezüglich des Lohnausgleichs im öffentlichen Dienst veröffentlicht, aber offiziell wird noch gesagt vor „die Diskussion fortgesetzt“.

3. Januar

Otto Esser gibt den Ton an: In einem saarländischen Rundfunk unterstrich er nochmals seine Behauptung, daß ein Streik bei den diesjährigen Tarifverhandlungen den „Aufschwung“, der sich abzeichnen sollte, zunichte mache; ein Argument, das auch schon vorher benutzt worden war, aber nun, nachdem der Chef der Unternehmensverbände es in den Mittelpunkt seines Interviews gestellt hat, wird es — wenig überraschend — plötzlich wesentlich mehr verbreitet...

Als gescheitert werden an diesem Tag die Manteltarifverhandlungen in der Brauereindustrie Nordrhein-Westfalens bekanntgegeben; hier hatte die NGG, entgegen ihrem zentralen Beschluß, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert; nachdem die Unternehmer sich geweigert haben, darüber überhaupt zu verhandeln, schlug die NGG in NRW einen nahezu sensationellen Weg ein: sie verhandelt über Hausrate (!?)

4. Januar

Die CDU-Sozialausschüsse fordern erneute Korrekturen an der Blümchen „Vorruhestandsregelung“; dieser Versuch, ein Zuckerrüben für die 35-Stunden-Woche anzubieten, war ja durch die Kabinettsentscheidungen nahezu endgültig gescheitert; eben die von der Regierung gemachten Veränderungen wollen die CDU-Sozialausschüsse nun wieder revidiert sehen, denn wieder sei dieser Weg für „die Arbeitnehmer“ nicht akzeptabel — sie haben offensichtlich wachsende Schwierigkeiten, dafür zu werben.

In München werden die Manteltarifverhandlungen der HBV für die 205 000 Beschäftigten der Versicherungsbranche, Verhandlungsschritte zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Die neueste Statistik der Bundesanstalt für Arbeit über die Entwicklung der Beschäftigung zeigt für Ende Dezember 1983 ein eindeutiges Bild. Mit 2,3 Millionen Menschen ohne Arbeit, die offiziell erfaßt sind, ist die Arbeitslosenquote auf 9,5 Prozent gestiegen. Das sind über 155 000 mehr als im Vormonat — Grund genug für die 35-Stunden-Woche.

5. Januar

Die Vorschläge verschiedener Vertreter von SPD und CDU, die Lehrerbearbeitungslosigkeit durch Gehaltsverzichte zu beseitigen, wurden vom GEW-Vor-

sitzenden Wunder rundweg abgelehnt. Stattdessen sei es richtig, auch in diesem Bereich mit einer Arbeitszeitverkürzung „analog der 35-Stunden-Woche“ gegen Arbeitslosigkeit vorzugehen.

6. Januar

Erneut werden von den Kapitalisten Umfragen veröffentlicht, dieses Mal mehrere regionale; selbstverständlich haben die Frager im Dienste des Kapitals in wachsendem Maße die erwünschte Antwort erhalten: der Großteil der Arbeiter der 35-Stunden-Woche...

7. Januar

Premiere: erster Infostand der Kapitalisten gegen die 35-Stunden-Woche; damit soll natürlich zum einen der Eindruck erweckt werden, man kämpfe sozusagen mit gleichen Waffen, auch das Kapital könne nicht über die Medien verfügen; zum anderen zeigt es auch deutlich, für wie wichtig eben doch gerade diese Auseinandersetzung genommen wird.

Cronenberg, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag, ist der erste „prominente“ Bonner, der den Ball, den Esser am Jahresanfang spielte, aufnahm; er forderte Härte gegen die Gewerkschaften, gegen die „existenzvernichtende Forderung“ nach 35 Stunden, erst recht gegen einen drohenden Streik;

Beim Neujahrsempfang des Frankfurter DGB kritisierte der DGB-Vorsitzende Breit den Bundeskanzler wegen dessen Einmischung in die Tarifautonomie; wenn der Kanzler einseitig Stellung beziehe, wirke er nicht zum Wohl des Ganzen, sondern spalterisch, zerstörerisch und verfassungswidrig.

9. Januar

Die Frankfurter Rundschau veröffentlicht eine eindeutige Verfühlung der zahlreichen bisherigen Umfragen zur 35-Stunden-Woche. Das Ergebnis läßt sich vorausbestimmen, je nachdem, welches Institut, welche politischen oder verbandsmäßigen Richtung wie fragt; der Sprecher des CDU-orientierten Emnid-Instituts aus Bielefeld dazu ganz offen: „Wir halten es nicht für unseriös, bei einer Befragung Interessen zu haben“.

10. Januar

Die „Initiative Gesellschaftswissenschaftler für die 35-Stunden-Woche“ veröffentlicht ihren Aufruf. Darin wird die Gewerkschaften eindeutig unterstützt. Der Aufruf soll zu einer Kampagne dienen, die unter anderem klarmachen soll, daß die Kapitalismpropaganda, die „Wissenschaft“ sei gegen die Gewerkschaften nicht wahr ist. Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören unter anderem die Professoren Altwater, Hickel, Hofmann, Klönne und Negt.

Der SPD-Geschäftsführer Glotz gibt mit einer Pressekonferenz in Bonn das Startsignal für die angekündigte SPD-Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung. Dabei betont er nochmals ausdrücklich, seine Partei gäbe „keiner Form der Arbeitszeitverkürzung den Vorrang“ — mit anderen Worten: Die SPD unterstützt nicht etwa den Kampf für die 35-Stunden-Woche sondern will sich Profil verschaf-

fen. Glotz teilt dabei auch an die Konkurrenz aus: Kohl habe sich mit seinen Äußerungen ins Lager „der Falken im Arbeitgeberlager“ gestellt (wer die „Tauben“ sein sollen, wußte er allerdings auch nicht zu sagen). Alle über 1000 Ortsvereine der SPD sollen zu diesem Thema Versammlungen machen...

11. Januar

Vor dem Beginn der zweiten Verhandlungsrunde am folgenden Tag werden nochmals Positionen abgesteckt, die sich aber nirgends vom bisher Gesagten unterscheiden. Hans Janßen von der IGM betont, wenn die Unternehmern nicht von ihrem Tabu abrücken, werde es zum Streik kommen. (Nähere Ausführungen zum Thema abrücken machte er nicht).

Unterschiedliche Äußerungen zum Thema „Einheit des DGB im Kampf für Arbeitszeitverkürzung“ machen an diesem Tag Ernst Breit und sein DBG-Vorstandskollege Lothar Zimmermann. Während Breit die Unterschiede in den Forderungen auf die Verschiedenheit der einzelnen Branchen reduziert sehen möchte und dabei betont,

es gäbe nun eben mal Branchen, in denen die Vorruhestandsregelung nichts bringe, weil es kaum noch Arbeiter in dem betreffenden Alter gäbe, womit er faktisch die „fünf Rechten“ unterstützt, gehen Zimmermanns Äußerungen in eine andere Richtung. Er befürchte unter Umständen gar eine Spaltung des DGB, weil immer weniger Kraft zur Durchsetzung seiner Forderungen da sei und der Kontakt zu den Arbeitslosen verloren gehe.

12. Januar/13. Januar

Die zweite Verhandlungsrunde in Hessen verlegt sich ereignislos auf Februar, in den Tarifbezirken Berlin, Rheinland-Pfalz und Südwürttemberg-Hohenzollern passiert am nächsten Tag dasselbe.

Für 12 Millionen Mark haben fünf Forschungsinstitute ein Gutachten erstellt, das „erstaunliche“ Neuigkeiten zutage fördert. Die hohen Löhne seien vor allem Schuld daran, daß es der „westdeutschen Wirtschaft“ auch so schlecht ginge. Bei der

Vorstellung des Millionendings kriegt — versteht sich — ganz nebenbei auch die 35-Stunden-Woche Hiebe ab, sie sei ganz und gar verantwortungslos zu fordern.

14. Januar

Alfred Dregger setzt den Reigen Bonner Spitzenpolitiker fort, die sich gegenseitig darin überbieten wollen, besonders scharf gegen die gewerkschaftliche Forderung vorzugehen. „Ekel Alfred“ gewinnt dabei bis dato nach Punkten: Mit einem Streik „fallen alle Blütenräume vom Aufschwung“ — blüht poetisch und ganz und gar reaktionär macht er sich zum angeblichen Interessenvertreter der Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaftsführung.

Auf einer Tagung in der evangelischen Akademie Loccum beschließen zahlreiche Arbeitsloseninitiativen aus dem norddeutschen Raum die Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes um die 35-Stunden-Woche.

Aus: „Der Gewerkschafter“ 1/84

Das im folgenden wiedergegebene Faksimile entstammt dem IGM-Organ „Der Gewerkschafter“. Wir halten es für nützlich, unseren Leser diese Zusammenstellung zur Verfügung zu stellen, einmal, weil es

ja auch für die vielen Nichtmetaller interessant ist, zum anderen weil es eine gute Abrundung unserer „Chronologie“ darstellt.

Tariffbewegung 1983/84

Forderungen für die Metallindustrie

TARIFGEBIET	Forderung in allen Tarifgebieten: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Zu den Manteltarifverträgen wurden u. a. folgende Forderungen aufgestellt:
Bayern	Die Mehrarbeit soll arbeitstäglich 2, wöchentlich 8 und jährlich 60 Stunden nicht überschreiten und durch Freizeit ausgeglichen werden. Mehrarbeitszuschläge sollen in Geld abgegolten werden. Sie sollen betragen: an Arbeitstagen für die 1. (1.-4.) Mehrarbeitsstunde 25 Prozent des Stundenverdienstes für die 2. (ab der 5.) Mehrarbeitsstunde 50 Prozent des Stundenverdienstes *) an arbeitsfreien Tagen
Berlin	Die Arbeitszeit soll täglich 7 Stunden betragen. Die Mehrarbeit soll täglich 2, wöchentlich 8 Stunden nicht überschreiten und durch Freizeit ausgeglichen werden. Die Zuschläge können ebenfalls durch Freizeitausgleich abgegolten werden.
Hessen Rheinland-Pfalz Saarland	Die tägliche Arbeitszeit soll grundsätzlich 7 Stunden betragen. Mehrarbeit soll nur bis zu höchstens 7 Stunden zulässig sein und durch bezahlte Freizeit ausgeglichen werden. Zuschläge für Mehrarbeit sollen durch Freizeit abgegolten werden. Sie können auf Wunsch des Arbeitnehmers bezahlt werden. *) letzter Satz gilt nur für Hessen
Niedersachsen und VW Werke AG	Die Mehrarbeit darf arbeitstäglich 2, wöchentlich 8 und jährlich 60 Stunden nicht überschreiten. Sie wird durch Freizeit innerhalb von XX Lebertagen ausgeglichen.
Nordrhein-Westfalen und Osnabrück	Mehrarbeit: Arbeitszeit bis zu 10 Stunden täglich an 30 Tagen im Jahr, jedoch nicht mehr als 43 Stunden in der Woche und höchstens 60 Stunden im Kalenderjahr, möglich. Freizeitausgleich für Mehrarbeitsstunden; Zuschläge sollen in Geld abgegolten werden. Einheitliche Regelung der Kündigungsschutzbestimmungen für Arbeiter und Angestellte.
Nordverbund Hamburg, Nordwestliches Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Unterwesergebiet	Einführung des 7-Stunden-Tages auch für Arbeitnehmer, die bisher eine abweichende Arbeitszeit hatten. Die Mehrarbeit soll 2 Stunden täglich, an arbeitsfreien Werktagen 5 Stunden, im Kalendermonat 10 Stunden nicht überschreiten. Sie soll durch Freizeit ausgeglichen werden. Zuschläge für Mehrarbeit können in Geld oder Freizeit abgegolten werden.
Nordwürttemberg/ Nordbaden Südbaden Südwürttemberg- Hohenzollern	Die tägliche Arbeitszeit soll 7 Stunden betragen. Bei anderer Verteilung, Höchstarbeitszeit 8 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich. Bei Mehrarbeit, Arbeitszeit höchstens 9 Stunden täglich. Mehrarbeitsstunden höchstens 10 im Monat. Abgeltung von Mehrarbeitsstunden grundsätzlich durch Freizeit, Abgeltung der Zuschläge in Geld. Im Manteltarifvertrag soll der § 3 „Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung“ lauten: „Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung sind menschengerecht zu gestalten; die Konkretisierung, Durchführung und Kontrolle ist durch Betriebsvereinbarung zu regeln.“
Zu Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütungen wurden folgende Forderungen aufgestellt:	
Bayern	Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen: Erhöhung in Höhe der für das Jahr 1984 zu erwartenden Preissteigerungsrate. Anhebung des Lohngruppenschlüssels: Lohngruppen I und II auf 83 Prozent. In den drei unteren Gehaltsgruppen Vorweganhebung der Tarifgehälter.
Berlin	Löhne und Gehälter: Erhöhung um die zu erwartende Preissteigerungsrate (stärkere Berücksichtigung der unteren Tarifgruppen). Ausbildungsvergütungen: Erhöhung um 1. und 2. um 30,- DM, im 3. und 4. Ausbildungsjahr um 40,- DM.
Nordverbund	Löhne und Gehälter: Einheitlicher Geldebtrag von 60,- DM. Ausbildungsvergütungen: Erhöhung um 30,- DM.
Hessen	Löhne und Gehälter: Erhöhung um 3,5 Prozent einschließlich der Verbesserung der Struktur in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Ausbildungsvergütungen: Erhöhung um den Steigerungsbetrag der Lohngruppe 2.
Rheinland-Pfalz Saarland	Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen: Erhöhung um 3,5 Prozent (stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen).
Niedersachsen	Löhne und Gehälter: Erhöhung um die zu erwartende Preissteigerungsrate des Jahres 1984 (stärkere Berücksichtigung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen). Ausbildungsvergütungen: Erhöhung um 50 Prozent des Steigerungsbetrages der Lohngruppe 1.
Nordrhein-Westfalen	Löhne und Gehälter: Erhöhung um 3,3 Prozent, Löhne mindestens 0,40 DM je Stunde, Gehälter mindestens 60,- DM je Monat. Ausbildungsvergütungen: Erhöhung um 25,- DM.
Osnabrück	Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen: Erhöhung um 3,4 Prozent, Löhne mindestens 0,40 DM je Stunde, Gehälter mindestens 61,- DM je Monat, Ausbildungsvergütungen mindestens 20,- DM. Wegfall Lohngruppe 2 und Mindestgruppe 1.
Nordwürttemberg/ Nordbaden, Südbaden Südwürttemberg- Hohenzollern	Löhne und Gehälter: Erhöhung um 3,3 Prozent, mindestens um 60,- DM monatlich. Ausbildungsvergütungen: Erhöhung um den Steigerungsbetrag für die Arbeitswert- bzw. Lohngruppe 1.

Betriebsratswahl bei Dogmoch (Ludwigshafen)

Ein Erfolg im Kampf gegen Überstunden und Personalabbau

Am 12. Januar fand bei Dogmoch in Ludwigshafen die BR-Wahl statt. Zuvor war der bisherige BR zurückgetreten um möglichst schnell Neuwahlen durchführen zu können. Im Gegensatz zur letzten BR-Wahl fand eine Personenwahl statt. Zu wählen waren sieben BR-Mitglieder (4 Arbeiter, 3 Angestellte).

Auf der Liste der Arbeiter („Gewerkschaftliche Liste Solidarität“) kandidierten acht Kollegen. Allesamt konsequente, kämpferische Gewerkschafter. Auf der Angestelltenliste drei Kolleginnen und Kollegen.

Das Wahlergebnis kann als eine glänzende Bestätigung der bisherigen Betriebsratsarbeit betrachtet werden. Vier Kandidaten der Arbeiter wurden wiedergewählt. Bei den Angestellten zogen zwei neue BR in den Betriebsrat ein.

Das beste Ergebnis erzielte der, aus der Gewerkschaft ausgeschlossene Kommunist und bisherige BR-Vorsitzende, Willi Rohr mit 97 Prozent der Stimmen.

Zur Vorgeschichte: Im Januar 1982 fanden bei Dogmoch erstmals BR-Wahlen statt. Damals kandidierte eine Liste der Gewerkschaft HBV und eine der Geschäftsführung genehme Liste. Die meisten Kollegen der Liste HBV waren gerade sechs Monate im Betrieb. So erreichten wir nur 30 Prozent der Stimmen.

Die gegnerische Liste trat mit der damals noch recht populären Parole „lieber eine Überstunde als Mitglied in der Stempelrunde“ an, im Gegensatz zur HBV-Liste, die schon damals das heiße Thema Überstunden aufgriff. Von der Liste HBV kam damals nur der Kollege Rohr in den BR. Nach und nach wurde allerdings der gesamte BR plus Ersatzmitglieder ausge-

tauscht. Seit ca. Mai 83 bestand der BR dann ausschließlich aus den Kandidaten der HBV-Liste.

Wie schon erwähnt, hatten die Kandidaten der HBV-Liste und die HBV-Betriebsgruppe das Thema Überstunden von Anfang an energisch angepackt. Der Erfolg hat sich innerhalb dieser zwei Jahre eingestellt. In hartnäckiger Überzeugungsarbeit, durch -zig Gespräche, Flugblätter, auf Betriebsversammlungen, wurde das Thema immer wieder diskutiert, auch in Verbindung mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche. Inzwischen gibt es nur noch sehr wenige Mitarbeiter, die Überstunden machen. Der BR, in seiner letzten Zusammensetzung, hat sich grundsätzlich der Anordnung von Überstunden widersetzt, mit dem Hinweis auf den Widerspruch zwischen Personalabbau und Überstunden. Den Abbau der Überstunden können die Betriebsräte wohl als einen ihrer größten Erfolge verbuchen, der um so schwerer wiegt im Hinblick auf das niedrige Lohnniveau. (Durchschnittlich bei knapp 2100 DM brutto. Vorarbeiter usw. eingeschlossen. Die meisten Mitarbeiter haben nur den Tariflohn von 1780 DM)

Harte Auseinandersetzungen werden in allernächster Zeit auf den BR zukommen. Es gibt genügend Anzeichen dafür, daß der Personalbestand zumindest drastisch reduziert wird.

35er Spende!

Aber ja: Spenden für die 35-Stunden-Woche, bzw. den Kampf darum. Daß die Partei hier viel vor hat, weiß jeder, der den Roten Morgen schon mal gelesen hat, daß dies bereits begonnen hat, ebenfalls. Doch daß das auch besonders Geld kostet, überlegt man nicht so ohne weiteres. Deshalb dieser Anstoß! Es ist nicht nur, daß die KPD zu diesem so wichtigen Kampf besonders viel machen will und macht, es ist auch so, daß sie dazu durchaus Eigenes zu sagen hat, was wichtig ist, daß es unter „die Leute“ kommt, seien es Flugblätter, Plakate, Veranstaltungen oder besondere Aktionen. Für diese Sache brauchen wir auch deine Spende unter dem Stichwort „35“ auf Konto-Nummer: 6420-467, (Bankleitzahl 44010046), Postscheckamt Dortmund, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

ANKÜNDIGUNG

Arbeitslosentreffen für Parteigenossen

Zwei Konferenzen über die Arbeit unter Arbeitslosen, den Kampf gegen Arbeitslosigkeit finden demnächst statt. Dazu sind nicht nur alle arbeitslosen Parteigenossen eingeladen, sondern auch solche, die sich mit dem Problem direkt konfrontiert sehen.

Termine:

a) Für den Bereich Nordrhein-Westfalen am 5. Februar 1984 um 11 Uhr im zentralen Büro der KPD, Dortmund, Wellinghofer Straße 103.

b) Für den Bereich Norddeutschland am 11. Februar 1984 um 11 Uhr in den Räumen der Thälmann-Buchhandlung in Hamburg 6, Margarethenstraße 58.

Fragen, die behandelt werden:

1. Die Arbeitsbeschaffungsprogramm-Vorschläge von DGB und SPD, die CDU-Papiere „gegen Arbeitslosigkeit“

2. Aktuelle Fragen der praktischen Arbeit

3. Die Arbeitslosenzeitung der KPD

4. Sonstiges

Zur Arbeitslosenzeitung:

Es wird demnächst eine Sonderausgabe der Arbeitslosenzeitung mit dem Thema „35-Stunden-Woche“ herausgegeben. Die Parteiorganisationen werden hiermit aufgerufen, die gewünschte Auflage zu bestellen (im zentralen Büro)!

Demonstration und Prozesse: Belegschaft kämpft weiter gegen Willkür

Der Kampf der „Nordarm“-Belegschaft geht weiter

Die Belegschaft der Firma Nordarm hatte am 7. Januar zu einer Demonstration gegen die Willkür des Inhabers aufgerufen — trotz strömenden Regens beteiligten sich rund 500 Menschen daran. In dieser Woche findet nun, nach Redaktions-schluß, die zweite Runde vor Gericht statt. Wie es dazu kam schildert nochmals eine Korrespondenz, die wir schon vor einiger Zeit erhielten. Einiges davon hatten wir bereits im Roten Morgen 50/83 berichtet — dieser ausführlichere Bericht stellt die Hintergründe und den Ablauf dieses „Falles“ besser dar. Voraussichtlich in der nächsten Woche werden wir über den Gang der Ereignisse vor Gericht berichten.

Am 6.12. traten 28 türkische Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Firma Nordarm in Hamburg in den Streik. Sie reinigen und sortieren dort Schafsdärme unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen. Weder gibt es Arbeitsschutzkleidung gegen die Salzlösungen noch eine Heizung oder sanitäre Einrichtungen. Männer und Frauen dient ein einziger Raum mit einem nicht ordentlich verschließbaren Klo als Arbeits-, Essens- und Umkleieraum.

1000 DM brutto war der monatliche Lohn, bei 48 Wochenstunden 1200 DM. Doch erst, als ihnen dieser Hungerlohn seit Oktober nicht mehr bzw. nur noch teilweise ausbezahlt wurde, beschlossen die Kollegen, sich zu wehren. In Eiseskälte versammelten sie sich jeden Tag vor dem Betrieb, um so die Auszahlung des noch ausstehenden Lohnes zu fordern. Die Antwort vom Boß Politis war nach bester Kapitalistenart: „fristgerechte“ Kündigung zum 16.12. Doch die Kollegen geben nicht auf, Rücknahme der Kündigungen und verbesserte Arbeitsbedingungen stehen jetzt zusätzlich auf ihren Forderungstafeln.

Aber sie werden es schwer haben. Durch ihren Kampf wurden einige Dinge ans Tageslicht befördert, die zumindest das Weiterbestehen dieses Betriebes unwahrscheinlich erscheinen lassen. Politis prellte nicht nur um Lohn, er „vergaß“ — trotz Abzügen vom Lohn — bei einigen Kollegen die Anmeldung bei der Versicherung. Und er „vergaß“, sich eine Betriebsgenehmigung zu holen. So verschleifen das Wirtschafts- und Ordnungsamt ein halbes Jahr lang

ebenso wie das Amt für Arbeitsschutz die Existenz dieses Produktionsbetriebes mit insgesamt 35 ausländischen Beschäftigten. Letzte Woche schließlich wurde die Firma Nordarm GmbH neu ins Handelsregister eingetragen, während sie dort bislang unter dem Namen L-AR-chenge (Film-Im- und Export) lief.

Fast alle der streikenden türkischen Kollegen sind Jugendliche, die nach einem MBSE-Kurs (Maßnahme zur beruflichen und sprachlichen Eingliederung) und als Familienangehörige von türkischen Arbeitnehmern die besondere Arbeitserlaubnis hatten. Rechtlich können sie damit, anders als viele andere Nicht-EG-Ausländer, jede Arbeit in einem beliebigen Betrieb annehmen. Doch sie hatten keine Chance, außer zu Hungerlohn unter solchen Bedingungen. Die meisten von ihnen haben eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Und trotzdem steht vor dem Antrag auf Sozialhilfe, den sie jetzt notwendig wegen des zurückbehaltenen Lohnes und später wegen Arbeitslosigkeit brauchen, die Angst vor der Ausweisung. „Was wollt ihr denn noch hier, geht in die Türkei“, das mußte sich eine Kollegin auf dem Sozialamt anhören, weil auch ihre arbeitslosen Angehörigen nicht für ihren Unterhalt aufkommen können.

Die Kollegen standen vor der Frage: entweder alles zu schlucken, sogar den Lohnbetrug — oder sich zur Wehr zu setzen und damit ihre Existenzgrundlage aufs Spiel zu setzen. Sie haben sich zum Kampf entschlossen, weil sie wissen, daß sie morgen vor der gleichen Frage stehen.

Leute, wie ihren Boß Politis, gibt es mehr als genug, die sich rücksichtslos zu Lasten anderer bereichern. Und es gibt immer mehr Menschen, die nicht nur durch lange Arbeitslosigkeit, sondern auch durch ihre besondere Rechtlosigkeit als Ausländer in die Abhängigkeit von solchen Leuten gezwungen werden. „Unser Recht, bessere Arbeitsbedingungen — diese Forderung stellen wir nicht nur für uns“, drückte einer der Streikenden aus.

Keiner von ihnen war vor dem Streik in der Gewerkschaft organisiert. Heute sind 21 von ihnen in die NGG eingetreten. Es ist zu begrüßen, wenn die NGG ihnen ohne Wartezeit Rechtsschutz bei ihrer Kündigungsschutzklage und der Leistungsklage (wegen des Lohnes) gewährt; ebenso wenn sie die Streikenden vor dem Tor ein paarmal mit Essen versorgt. Die NGG erkennt den Streik aber nicht offiziell an, für sie ist es nach ihrer Satzung nur eine „Zurückhaltung der Arbeitskraft“. Die berechtigten Forderungen der Streikenden auch an die Gewerkschaft aber gehen weiter, dies nicht nur als ein Problem der Kollegen bei Nordarm zu sehen. Auch dafür wollen sie Öffentlichkeit.

Ein vergleichbarer Arbeitsplatz z.B. in der Schlachtereinnung wird nach Tarif mit 1400 bis 1500 DM brutto eingestuft. Leute, wie den Nordarm-Boß Politis gibt es mehr als genug, denen es egal ist, ob türkische, deutsche oder jugoslawische Hände für sie schuften. Hauptsache ist, daß sie rechtlos sind und sich nicht wehren können. Bei einem wachsenden Arbeitslosenheer, das nichts als seine Arbeitskraft hat, ist es nur eine Frage der Zeit, wann der Politis-Lohn von 1000 DM, wann die Arbeitsbedingungen von Nordarm die tariflich abgesicherten sind. Wenn wir uns nicht wehren. Deshalb rufen wir deutsche und ausländische Kollegen zur Solidarität mit den streikenden Nordarm-Kollegen auf. Deshalb unterstützen wir ihren mutigen Kampf.

Kündigungen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Aus: „Der AEG-Arbeiter“, Zeitung der KPD
bei AEG-Brunnenstraße Westberlin

Vor kurzem hatten wir im Roten Morgen einen Artikel des „AEG-Arbeiter“, der sich mit neuen Entlassungsplänen befaßte. Jetzt wurden die entsprechenden Kündigungsschreiben erst einmal zurückgestellt. Wie es dazu kam, und was das zu bedeuten hat, damit befaßt sich die Ausgabe der KPD-Betriebszeitung vom 10. Januar, den Artikel geben wir auszugsweise wieder.

Alle Kündigungen in der SF, und Drontheimer Straße, die noch im letzten Jahr rausgehen sollten, sind erstmal aufgeschoben worden. Angesichts des öffentlichen Wirbels um die Entlassungen und wegen der zu erwartenden Kündigungsschutzklagen sah sich die Geschäftsleitung wohl dazu gezwungen. Man will sie jetzt genauer begründen.

Bist Du nicht willig ...

Gleichzeitig tritt man an bestimmte Kolleginnen und Kollegen heran und bietet ihnen höhere Abfindungen als nach dem Sozialplan, wenn sie „freiwillig“ kündigen. Somit würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Diese Mitarbeiter bräuhete man nicht zu kündigen, denn sie gehen ja „freiwillig“, und somit hätte man für die Öffentlichkeit auch keine Entlassungen. Zum zweiten können diese Kolleginnen und Kollegen auch nicht gegen ihre Entlassung klagen, und man spart eventuell entstehende Gerichtskosten.

... so brauch ich Gewalt!

Selbstverständlich wird man trotzdem gekündigt, wenn man auf ihr „großzügiges“ Angebot nicht eingeht. Dies ist gelinde

Vorsicht Falle!

Diese sogenannten Auflösungsverträge haben einen zusätzlichen Haken. Da man sozusagen freiwillig kündigt, bekommt man vom Arbeitsamt eine 8wöchige Sperre für das Arbeitslosengeld. Die Geschäftsleitung behauptet zwar das Gegenteil, dann müßte sie aber die entsprechenden Gesetze mal wieder in ihrem Sinne umgehen wollen. Wie weit das Arbeitsamt dabei mitspielt, wird sich erst noch zeigen. Darum Vorsicht beim Unterschreiben von solchen Verträgen. Denn von nichts kommt nichts, die größeren Vorteile liegen bei der Firma. Auf alle Fälle bei derartigen Angeboten sofort mit dem Betriebsrat beraten. (...)

Kurz berichtet

Kahlschlag geht weiter

Neues Jahr — alte Nachrichten: In der Stahlindustrie wird die Arbeitsplatzvernichtung massiv fortgesetzt. Während Hoesch einen neuen „Abfindungsplan“ veröffentlichte, kündigte Thyssen neue Entlassungen an.

Hoesch will über die angebotenen Abfindungen 1500 Arbeitsplätze beseitigen. Damit wäre das einst geplante „Kahlschlagsoll“ um drei Jahre vorfristig erfüllt, Planwirtschaft auf kapitalistisch sozusagen. Ende 84 sollen es dann noch jene 13000 sein, die ursprünglich für Ende 1987 geplant waren. Dabei zielt die Maßnahme, die mit dem Betriebsrat bereits vereinbart ist und in einer breiten Pressekampagne „populär“ gemacht wurde, offensichtlich vor allem auf ausländische Kollegen. Runde 800 der 1500 „freiwillig Kündigten“ sollen Kollegen aus anderen Ländern sein, weil mehr als die Hälfte also, obwohl der Anteil ausländischer Arbeiter an der Belegschaft nur rund ein Viertel beträgt.

Zur selben Zeit gibt Thyssen die Entlassung von 100 Beschäftigten der Thyssen Gießerei in Bendorf bei Koblenz bekannt sowie die Beseitigung weiterer 170 Arbeitsplätze beim Schalker Verein. Von der IG Metall ist in diesem Zusammenhang nichts zu hören gewesen, bisher jedenfalls. Außer Zustimmung...

Erpressung in Northeim

Einer von sicherlich vielen Fällen, in denen Belegschaften von kleineren Betrieben dazu gezwungen werden, auf ihnen zustehende Rechte zu verzichten, wurde in der letzten Woche durch einen Bericht der „Frankfurter Rundschau“ überregional bekannt.

Der Chef der „Dr. Herbst Bau GmbH“ in Northeim am Zonenrandgebiet „bat“ seine 250köpfige Belegschaft darum, angesichts der Lage doch lieber auf das ihnen zustehende Weihnachtsgeld „freiwillig“ zu verzichten. Und zwar versteht sich „damit weiterhin möglichst viele Mitarbeiter bei uns ihren Arbeitsplatz haben können“, warum wohl sonst. Wer aber etwa so frech war, nicht sofort freiwillig zu verzichten, der mußte sich melden. Er mußte entweder schriftlich oder zu Protokoll im Lohnbüro geben, daß er nicht verzichten wolle. Daß dies dann immerhin noch die Hälfte der Belegschaft tat, muß da fast schon erstaunen.

Herr Herbst ist im übrigen nicht irgendeiner. CDU-Abgeordneter im Stadtrat und Präsident des Verbandes der Bauindustrie in Niedersachsen.

Der Betriebsrat ist einer von der Sorte, der „dem Herrn Doktor“ nichts Schlechtes nicht zu traut und die IG BSE findet auch ein paar markige Worte, aber keine Tat. Jubelschreiben habe er viele erhalten, sagte Dr. Herbst danach. Und zwar, wie er offen zugab, ausschließlich von Unternehmern, denen er „eine Weihnachtsfreude“ bereitet habe. „Der Klügere gibt heute nicht nach“, hat da einer geschrieben...

„Die konstituierende Versammlung und die Sowjetrepublik“

Kautsky steht in der Frage der Konstituierenden Versammlung auf einem formalen Standpunkt. In meinen Thesen wird klar und wiederholt gesagt, daß die Interessen der Revolution höher stehen als die formalen Rechte der Konstituierenden Versammlung (siehe Thesen 16 und 17). Der formal-demokratische Standpunkt ist auch der Standpunkt des bürgerlichen Demokraten, der nicht anerkennt, daß das Interesse des Proletariats und des proletarischen Klassenkampfes höher steht. Kautsky, als Historiker, hätte unbedingt anerkennen müssen, daß die bürgerlichen Parlamente Organe dieser oder jener Klasse sind. Jetzt aber mußte Kautsky (für das schmutzige Werk des Abfalls von der Revolution) den Marxismus vergessen, und Kautsky stellt nicht die Frage, das Organ welcher Klasse die Konstituierende Versammlung in Rußland war. Kautsky analysiert nicht die konkreten Umstände, er will die Tatsachen nicht sehen, er sagt den deutschen Lesern kein Wort davon, daß in den Thesen nicht nur die Frage der Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie theoretisch beleuchtet wird (Thesen Nr. 1-3), nicht nur die konkreten Umstände angegeben werden, die bestimmend dafür waren, daß die Wahllisten der Parteien von Mitte Oktober 1917 mit der Wirklichkeit vom Dezember 1917 nicht übereinstimmten (Thesen Nr. 4-6), sondern daß in den Thesen auch die Geschichte des Klassenkampfes und des Bürgerkrieges der Monate Oktober bis Dezember 1917 gegeben wird (Thesen Nr. 7-15). Aus dieser konkreten Geschichte zogen wir die Schlußfolgerung (These Nr. 14), daß die Losung „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung“ in Wirklichkeit die Losung der Kadetten sowie der Kaledin-Leute und ihrer Helfershelfer geworden war.

Der Historiker Kautsky bemerkt das nicht. Der Historiker Kautsky hat nie davon gehört, daß das allgemeine Wahlrecht mitunter kleinbürgerliche, mitunter reaktionäre und konterrevolutionäre Parlamente ergibt. Der marxistische Historiker Kautsky hat nichts davon gehört, daß die Form der Wahlen, die Form der Demokratie eine Sache ist, eine andere Sache jedoch der Klasseninhalt der betreffenden Institution. Diese Frage des Klasseninhalts der Konstituierenden Versammlung ist in meinen Thesen direkt gestellt und gelöst worden. Möglich, daß meine Lösung nicht richtig ist. Nichts wäre uns so erwünscht wie eine marxistische Kritik unserer Analyse von anderer Seite. Anstatt ganz alberne Phrasen (ihrer gibt es viele bei Kautsky) darüber zu schreiben, als ob irgend jemand der Kritik am Bolschewismus Hindernisse bereitet, hätte Kautsky eine solche Kritik in Angriff nehmen sollen. Das ist es ja aber gerade, daß er keine Kritik übt. Er stellt sogar nicht einmal die Frage der Klassenanalyse der Sowjets einerseits und der Konstituierenden Versammlung andererseits. Und darum besteht keine Möglichkeit, mit Kautsky zu streiten, zu diskutieren, und es bleibt nur übrig,

Aus: W. I. Lenin

Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky

Karl Kautsky, einst wichtigster Theoretiker der revolutionären deutschen Sozialdemokratie nach Engels Tod, entwickelte sich in der ungeheuer zugespitzten Lage der Jahre 1914—1919 zu einem echten Opportunisten. In allen entscheidenden Schnittpunkten der geschichtlichen Entwicklung jener Jahre wandte er sich gegen die Revolution, unterstützte, umflort von halbherzigen Kritiken überall die rechten Sozialdemokraten — als Führer der USP in Deutschland, der sich gegen Luxemburg und Liebknecht wandte, als erster „linker“ Kritiker der Sowjetmacht in der damals heftigsten geführten weltweiten Debatte um die Unterstützung — oder nicht — der Oktoberrevolution in Ruß-

land. In einer dazu verfaßten Broschüre griff er die Sowjetmacht durchgehend als antidemokratisch an. Lenins Arbeit „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ ist die Antwort auf diesen Angriff. Dabei befaßt sich Lenin durchgehend mit dem Verhältnis zwischen der bürgerlichen (parlamentarischen) Demokratie und dem proletarischen Staat. Am konzentriertesten aber in den beiden Abschnitten, von denen wir Auszüge veröffentlichen: „Die konstituierende Versammlung und die Sowjetrepublik“ und „Die Sowjetverfassung“. Nicht immer einfach zu lesen ist dieser Text, doch die Mühe lohnt sich sicherlich.

dem Leser zu zeigen, warum man Kautsky nicht anders denn als Renegaten bezeichnen muß. Der Gegensatz zwischen den Sowjets und der Konstituierenden Versammlung hat seine Geschichte, die nicht einmal ein Historiker, der nicht auf dem Standpunkt des Klassenkampfes steht, hätte umgehen können. Kautsky hat auch diese tatsächliche Geschichte nicht berühren wollen. Kautsky hat den deutschen Lesern die allbekannte Tatsache verheimlicht (die jetzt nur noch von gehässigen Menschewiki verheimlicht wird), daß auch während der Herrschaft der Menschewiki, d.h. von Ende Februar bis Oktober 1917, zwischen den Sowjets und den „allgemein staatlichen“ (d.h. bürgerlichen) Institutionen Differenzen bestanden. Kautsky steht im Grunde genommen auf dem Standpunkt der Versöhnung, der Verständigung, der Arbeitsgemeinschaft zwischen Proletariat und Bourgeoisie; Kautsky mag das noch so sehr leugnen, aber daß das sein Standpunkt ist, ist eine Tatsache, die durch die ganze Broschüre Kautskys bestätigt wird. Man hätte die Konstituierende Versammlung nicht auseinanderjagen sollen, das heißt auch: Man hätte den Kampf gegen die Bourgeoisie nicht zu Ende führen, sie nicht stürzen sollen, das Proletariat hätte sich mit der Bourgeoisie aussöhnen sollen.

Weshalb verschweigt dann aber Kautsky, daß die Menschewiki sich von Februar bis Oktober 1917 mit dieser wenig ehrenvollen Sache befaßt und nichts erreicht haben? Wenn es möglich war, die Bourgeoisie mit dem Proletariat zu versöhnen, warum ist dann die Versöhnung unter den Menschewiki nicht gelungen, warum hielt sich die Bourgeoisie abseits von den Sowjets, warum wurden die Sowjets (von den Menschewiki) als „revolutionäre Demokratie“, die Bourgeoisie aber als „privilegierte Elemente“ bezeichnet?

Kautsky hat den deutschen Lesern verheimlicht, daß gerade die Menschewiki in der „Epoche“ ihrer Herrschaft (Februar bis Oktober 1917) die Sowjets als revolutionäre Demokratie bezeichnet und damit deren Überlegenheit gegenüber allen anderen Institutionen anerkannt haben. Nur dank der Verheimlichung dieser Tatsache konnte der Historiker Kautsky die Dinge so hinstellen, als hätte der Gegensatz zwischen den Sowjets und der Bourgeoisie nicht seine Geschichte, als wäre er urplötzlich, unerwartet, ohne Grund, infolge des schlechten Betragens der Bolschewiki zutage getreten. In Wirklichkeit hat aber gerade die mehr als halbjährige Erfahrung (für eine

Revolution ist das eine sehr lange Frist) mit dem menschewistischen Paktieren, mit den Versuchen, das Proletariat mit der Bourgeoisie auszusöhnen, das Volk von der Nutzlosigkeit dieser Versuche überzeugt und das Proletariat von den Menschewiki abgestoßen.



Die Sowjets sind, wie Kautsky zugibt, eine vorzügliche Kampforganisation des Proletariats, die eine große Zukunft hat. Ist dem aber so, dann stürzt die ganze Position Kautskys zusammen wie ein Kartenhaus oder wie die Phantasien eines Kleinbürgers darüber, wie man ohne scharfen Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie fertig werden könne. Denn die ganze Revolution ist ein ständiger und dabei verzweifelter Kampf, das Proletariat aber ist die führende Klasse aller Unterdrückten, Brennpunkt und Mittelpunkt aller Bestrebungen aller und jeder Unterdrückten nach ihrer Befreiung. Die Sowjets — das Kampforgan der unterdrückten Massen — widerspiegeln und äußerten naturgemäß die Stimmungen und den Wechsel in den Ansichten dieser Massen ungleich schneller, vollständiger, zuverlässiger als irgendwelche andere Institutionen (das ist übrigens einer der Gründe, warum die Sowjetdemokratie die höchste Form der Demokratie ist).

Es gelang den Sowjets, in der Zeit vom 28. Februar (alten Stils) bis zum 25. Oktober 1917 zwei gesamtrossische Kongresse einzuberufen, auf denen die überwältigende Mehrheit der

Bevölkerung Rußlands, alle Arbeiter und Soldaten, sieben oder acht Zehntel der Bauernschaft vertreten waren, ganz abgesehen von der Menge der Orts-, Kreis-, Stadt-, Gouvernements- und Gebietskongresse. Die Bourgeoisie vermochte während dieser Zeit keine einzige Körper-

schaft einzuberufen, die eine Mehrheit repräsentiert hätte (abgesehen von der „Demokratischen Beratung“, die offensichtlich eine Fälschung, ein Hohn war und die das Proletariat erbitterte). Die Konstituierende Versammlung widerspiegelte die gleiche Stimmung der Massen, die gleiche politische Gruppierung wie der I. Gesamtrossische Sowjetkongress (vom Juni). Bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung (Januar 1918) hatten der II. (Oktober 1917) und der III. Sowjetkongress (Januar 1918) getagt, und beide hatten klipp und klar bewiesen, daß die Massen radikalisiert, revolutioniert waren, daß sie sich von den Menschewiki und den Sozialrevolutionären abgewendet hatten und auf die Seite der Bolschewiki übergegangen waren, das heißt, daß sie sich von der kleinbürgerlichen Führung, von den Illusionen einer Verständigung mit der Bourgeoisie abgewendet hatten und auf die Seite des proletarischen revolutionären Kampfes für den Sturz der Bourgeoisie übergegangen waren.

Folglich zeigt schon allein die äußere Geschichte der Sowjets, wie unvermeidlich es war, die Konstituierende Versammlung auseinanderzujagen, und

wie reaktionär diese war. Kautsky jedoch besteht fest auf seiner „Lösung“: Mag die Revolution triumphieren, wenn nur die „reine Demokratie“ blüht und gedeiht. (...)

„Die Sowjetverfassung“

Der Bourgeoisie das Wahlrecht zu entziehen ist, wie ich schon gezeigt habe, kein unbedingtes und notwendiges Kennzeichen der Diktatur des Proletariats. Auch in Rußland haben die Bolschewiki, die lange vor dem Oktober die Losung einer solchen Diktatur aufgestellt hatten, nicht von vornherein davon gesprochen, den Ausbeutern das Wahlrecht zu entziehen. Dieser Bestandteil der Diktatur erblickte das Licht der Welt nicht „nach dem Plan“ irgend einer Partei, sondern er erwuchs von selbst im Laufe des Kampfes. Der Historiker Kautsky hat das freilich nicht bemerkt. Er hat nicht begriffen, daß die Bourgeoisie noch unter der Herrschaft der Menschewiki (der Paktierer mit der Bourgeoisie) in den Sowjets sich selbst von den Sowjets absonderte, sie boykottierte, sich ihnen entgegenstellte, gegen sie intrigierte. Die Sowjets sind ohne jede Verfassung entstanden und haben über ein Jahr (vom Frühjahr 1917 bis zum Sommer 1918) ohne jede Verfassung existiert. Die Wut der Bourgeoisie gegen die selbständige und allmächtige (weil allumfassende) Organisation der Unterdrückten, der Kampf, und zwar der skrupelloseste, eigennützigste, schmutzigste Kampf der Bourgeoisie gegen die Sowjets und schließlich die offensichtliche Teilnahme der Bourgeoisie (von den Kadetten bis zu den rechten Sozialrevolutionären, von Miljukow bis zu Kerenski) am Kornilowputsch — all das hat den formellen Ausschluß der Bourgeoisie aus den Sowjets vorbereitet.

Kautsky hat von dem Kornilowputsch gehört, aber er spuckt majestätisch auf die historischen Tatsachen und auf den Verlauf, die Formen des Kampfes, die die Formen der Diktatur bestimmen: Wirklich, wozu Tatsachen, wenn von der „reinen“ Demokratie die Rede ist? Die gegen den Wahlrechtsverlust der Bourgeoisie gerichtete „Kritik“ Kautskys zeichnet sich darum durch eine so ... süßliche Naivität aus, die bei einem Kinde rührend wäre, die aber ekelhaft ist bei einem Menschen, der offiziell noch nicht für schwachsinnig erklärt worden ist.

„... wenn sie“ (die Kapitalisten) „bei allgemeinem Wahlrecht als bedeutungslose Min-

derheit erscheinen, werden sie sich eher in ihr Schicksal ergeben...“ (S. 33). Nett, nicht wahr? Der weise Kautsky hat oftmals in der Geschichte gesehen und kennt überhaupt aus der Beobachtung des lebendigen Lebens sehr gut solche Gutsbesitzer und Kapitalisten, die dem Willen der Mehrheit der Unterdrückten Rechnung tragen. Der weise Kautsky steht entschieden auf dem Standpunkt der „Opposition“, d.h. auf dem Standpunkt des innerparlamentarischen Kampfes. So schreibt er denn auch buchstäblich: „Opposition“ (S. 34 und an vielen anderen Stellen).

Oh, Sie gelehrter Historiker und Politiker! Es würde Ihnen nichts schaden, zu wissen, daß „Opposition“ ein Begriff des friedlichen und nur parlamentarischen Kampfes ist, das heißt ein Begriff, der einer nichtrevolutionären Situation entspricht, ein Begriff, der dem Gelingen der Revolution entspricht. In der Revolution handelt es sich um einen erbarmungslosen Feind im Bürgerkrieg — keinerlei reaktionäre Jeremiaden eines Kleinbürgers, der einen solchen Krieg fürchtet, wie Kautsky ihn fürchtet, werden an dieser Tatsache etwas ändern. Betrachtungen vom Standpunkt der „Opposition“ über die Fragen des erbarmungslosen Bürgerkrieges anstellen, wenn die Bourgeoisie zu allen Verbrechen bereit ist — das Beispiel der Versailler und ihres Paktes mit Bismarck sagt jedem etwas, der sich nicht wie der Gogolsche Petruschka zur Geschichte verhält —, wenn die Bourgeoisie fremde Staaten zu Hilfe ruft und mit ihnen gegen die Revolution intrigiert — das ist Komik. Das revolutionäre Proletariat soll, ähnlich dem „Konfusionsrat“ Kautsky, eine Schlafmütze über die Ohren ziehen und die Bourgeoisie, die Dutowsche, Krasnowsche und tschechische konterrevolutionäre Aufstände organisieren, die Millionen an Saboteure zählt, als legale „Opposition“ betrachten. Oh, welcher Scharfsinn!

Kautsky interessiert ausschließlich die formal-juristische Seite der Sache, so daß man beim Lesen seiner Betrachtungen über die Sowjetverfassung sich unwillkürlich der Worte Bebel erinnert: „Juristen, das sind durch und durch reaktionäre Leute.“ „In Wahrheit“, schreibt Kautsky, „kann man aber die Kapitalisten allein gar nicht entrichten. Wer ist ein Kapitalist im juristischen Sinne? Ein Besitzender? Selbst in einem ökonomisch so weit vorgeschrittenen Lande wie Deutschland, dessen Proletariat so zahlreich ist, würde die Errichtung einer Sowjetrepublik große Massen politisch entrechteten. Im Jahre 1907 betrug im Deutschen Reich die Zahl der Berufszugehörigen (Erwerbstätige und ihre Familien) der drei großen Gruppen Landwirtschaft, Industrie und Handel in der Gruppe der Angestellten und Lohnarbeiter etwas über 35 Millionen, die der Selbständigen 17 Millionen. Eine Partei könnte also sehr wohl die Mehrheit der Lohnarbeiter hinter sich haben und doch die Minderheit der Bevölkerung bilden.“ (S. 33)

Da haben wir eins der Muster Kautskyscher Betrachtungsweise. Nun, ist das denn etwa nicht das konterrevolutionäre Geflüster eines Bourgeois? Warum zählen Sie denn alle „Selbständigen“ zu den Entrechteten, Herr Kautsky, wo Sie sehr wohl wissen, daß die ungeheure Mehrheit der russischen Bauern keine Lohnarbeiter beschäftigt, also ihrer Rechte nicht verlustig geht? Ist das etwa keine Fälschung?

Warum haben Sie, der ge-

lehrt Volkswirtschaftler, nicht die Ihnen gut bekannten und in eben derselben deutschen Statistik von 1907 enthaltenen Angaben über die Lohnarbeit in der Landwirtschaft nach Wirtschaftsprüfung angeführt? Warum gaben Sie den deutschen Arbeitern, den Lesern Ihrer Broschüre, nicht diese Unterlagen, aus denen ersichtlich gewesen wäre, wieviel Ausbeuter, oder wie wenig Ausbeuter es nach der deutschen Statistik unter der Gesamtzahl der „Landwirte“ gibt?

Weil Ihr Renegatentum Sie zu einem gewöhnlichen Sykophanten der Bourgeoisie gemacht hat.

Der Kapitalist, das ist halt ein unbestimmter juristischer Begriff, und Kautsky wettet auf mehreren Seiten gegen die „Willkür“ der Sowjetverfassung. Der englischen Bourgeoisie räumt dieser „ernsthafte Gelehrte“ Jahrhunderte ein, um eine neue (für das Mittelalter neue) bürgerliche Verfassung auszuarbeiten und auszugestalten, uns aber, den Arbeitern und Bauern Rußlands, gewährt dieser Vertreter der Lakaienwissenschaft keinerlei Frist. Von uns verlangt er in wenigen Monaten eine bis aufs I-Tüpfelchen ausgearbeitete Verfassung...

...„Willkür!“ Man denke bloß, welch ein Abgrund des schmutzigsten Lakaienentums gegenüber der Bourgeoisie, welch ein Abgrund der stumpfsinnigsten Pedanteriesich in einem solchen Vorwurf offenbart. Wenn sie durch und durch bürgerlichen und zum größten Teil reaktionären Juristen der kapitalistischen Länder im Laufe von Jahrhunderten oder Jahrzehnten ganz ausführliche Bestimmungen ausarbeiteten, Dutzende und Hunderte von Gesetzbüchern und Kommentaren zu den Gesetzen schrieben, die den Arbeiter unterdrücken, den Armen an Händen und Füßen fesseln, jedem beliebigen einfachen werktätigen Mann aus dem Volke tausend Schikanen und Hindernisse in den Weg legen — oh, dann erblicken die bürgerlichen Liberalen und Herr Kautsky da keine „Willkür!“ Da herrscht „Ordnung“ und „Gesetzlichkeit!“ Da ist alles durchdacht und niedergeschrieben, wie der Armee „auszupressen“ ist. Da gibt es Tausende von bürgerlichen Advokaten und Beamten (von ihnen schweigt Kautsky überhaupt, wahrscheinlich gerade darum, weil Marx dem Zerschlagen der Beamtenmaschinerie gewaltige Bedeutung beilegte...) — Advokaten und Beamte, die die Gesetze so auszulegen verstehen, daß es dem Arbeiter und dem Durchschnittsbauer niemals gelingt, die Drahtverhaue dieser Gesetze zu durchbrechen. Das ist keine „Willkür“ der Bourgeoisie, das ist keine Diktatur eigennütziger und schmutziger Ausbeuter, die sich mit dem Blut des Volkes vollgesogen haben — keine Spur! Das ist „reine Demokratie“, die mit jedem Tag immer reiner und reiner wird.

Als aber die werktätigen und ausgebeuteten Klassen, die durch den imperialistischen Krieg von ihren Brüdern jenseits der Grenze abgeschnitten waren, zum erstenmal in der Geschichte ihre eigenen Sowjets bildeten, zum politischen Aufbau diejenigen Massen herbeiriefen, die die Bourgeoisie unterdrückt, eingeschüchtert, abgestumpft hatte, und selbst anfangen, einen neuen, proletarischen Staat aufzubauen, anfangen, im Getümmel eines furchtbaren Kampfes, im Feuer des Bürgerkrieges die Grundlagen für einen Staat ohne Ausbeuter zu entwerfen — da erhoben alle Schurken der Bourgeoisie, erhob die ganze Bande der Blut-

sauger samt ihren Trabanten Kautsky ein Gezeter über „Willkür!“ Nun, woher sollten denn diese Ignoranten, diese Arbeiter und Bauern, dieser „Pöbel“ es tatsächlich verstehen, ihre eigenen Gesetze auszulegen? Woher sollten sie denn das Gerechtigkeitsgefühl nehmen, sie, einfache Werktätige, die sich nicht der Ratschläge der gebildeten Advokaten, der bürgerlichen Schriftsteller, der Kautsky und der weisen alten Beamten bedienen?

Aus meiner Rede vom 28. April 1918 zitiert Herr Kautsky die Worte, daß „die Massen die Wahlordnung und Wahltermine selbst festsetzen...“ Und der „reine Demokrat“ Kautsky zieht daraus die Schlußfolgerung:

„Es scheint also, als könne jede Wahlversammlung das Wahlverfahren nach ihrem Belieben einrichten. Die Willkür und die Möglichkeit, sich unbehaglicher oppositioneller Elemente innerhalb des Proletariats selbst zu entledigen, würde dadurch aufs höchste gesteigert.“ (S. 37.)



Nun, wodurch unterscheidet sich das von dem Gerede eines von den Kapitalisten gedungenen Tintenkulis, der Geschrei darüber erhebt, daß die Masse bei einem Streik die „arbeitswilligen“, fleißigen Arbeiter unter Druck setzt? Warum ist die bürokratisch-bürgerliche Bestimmung des Wahlverfahrens in der „reinen“ bürgerlichen Demokratie, keine Willkür? Warum soll das Gerechtigkeitsgefühl bei den Massen, die sich zum Kampf gegen die sie jahrhundertlang Ausbeutenden erhoben haben, bei den Massen, die durch diesen verzweiferten Kampf aufgeklärt und gestählt werden, geringer entwickelt sein als bei dem Häuflein in bürgerlichen Vorurteilen erzogener Beamter, Intellektueller, Advokaten?

Kautsky ist ein wahrer Sozialist, man wage nicht, die Aufrichtigkeit dieses ehrbaren Familienvaters, dieses redlichen Bürgers zu verdächtigen. Er ist ein glühender und überzeugter Anhänger des Sieges der Arbeiter, der proletarischen Revolution. Er möchte nur, daß salbendernde versippte Intellektuelle und Philister mit der Schlafmütze auf dem Kopf zuerst, vor der Bewegung der Massen, vor ihrem erbitterten Kampfe gegen die Ausbeuter und unbedingt ohne Bürgerkrieg, ein gemäßigtes und genaues Reglement für die Entwicklung der Revolution aufstellen...

Mit tiefer sittlicher Entrüstung erzählt unser gelehrter Juduschka Golowljow den deutschen Arbeitern, daß das Gesamttrussische Zentralkomitee der Sowjets am 14. Juni 1918 beschlossen habe, die Vertreter der Partei der rechten Sozialrevolutionäre und der Menschewiki aus den Sowjets auszuschließen. „Diese Maßregel“, schreibt Juduschka Kautsky,

vor edler Entrüstung glühend, „richtet sich nicht etwa gegen bestimmte Personen, die bestimmte strafbare Handlungen begangen haben... Von einer Immunität der Abgeordneten zum Sowjet ist in der Verfassung der Sowjetrepublik keine Rede. Nicht bestimmte Personen, sondern bestimmte Parteien werden hier von den Sowjets ausgeschlossen.“ (S. 37.)

Ja, das ist wirklich entsetzlich, das ist eine unerträgliche Abweichung von der reinen Demokratie, nach deren Regeln unser revolutionärer Juduschka Kautsky die Revolution machen wird. Wir russischen Bolschewiki hätten zuerst den Sawinkow und Co., den Liberdan und Potressow (den „Aktivist“) und Co. Immunität zusichern, dann ein Strafgesetzbuch verfassen sollen, das die Teilnahme am tschechoslowakischen konterrevolutionären Krieg oder in Georgien gegen die Arbeiter des eigenen Landes für „strafbar“ erklärt, und erst dann, auf Grund

dieses Strafgesetzbuches, wären wir, gemäß der „reinen Demokratie“, berechtigt gewesen, „bestimmte Personen“ aus den Sowjets auszuschließen. Es versteht sich dabei von selbst, daß die Tschechoslowaken, die über die Sawinkow, Potressow und Liberdan oder mit Hilfe von deren Agitation Geld von den englischen und französischen Kapitalisten erhalten, und ebenso die Krasnow, die mit Hilfe der ukrainischen und Tifliser Menschewiki Granaten von den Deutschen bekommen, gerade so lange ruhig gesessen hätten, bis von uns ein regelrechtes Strafgesetzbuch ausgefertigt worden wäre, und sich, als Demokraten von reinem Wasser, auf die Rolle der „Opposition“ beschränkt hätten...

Eine nicht geringere sittliche Entrüstung ruft es bei Kautsky hervor, daß die Sowjetverfassung das Wahlrecht denen entzieht, „die Lohnarbeiter zum Zwecke des Gewinnes beschäftigen“. „Ein Heimarbeiter oder Kleinmeister“, schreibt Kautsky, „mit einem Gesellen mag ganz proletarisch leben und fühlen, er hat kein Wahlrecht.“ (S. 36.)

Welche Abweichung von der „reinen Demokratie!“ Welche Ungerechtigkeit! Bis jetzt haben allerdings alle Marxisten angenommen, und Tausende Tatsachen haben es bestätigt, daß die Kleinunternehmer die gewissenlosesten Ausbeuter sind, die die Lohnarbeiter am meisten schikanieren, aber Juduschka Kautsky nimmt natürlich nicht die Klasse der Kleinunternehmer (wer hat bloß die schädliche Theorie vom Klassenkampf ausgedacht?), sondern einzelne Personen, solche Ausbeuter, die „ganz proletarisch leben und fühlen“. Die berühmte „Spar-Agnes“, die man längst tot wähnte, ist unter der Feder

Kautskys wieder auferstanden. Dieser Spar-Agnes hat vor einigen Jahrzehnten ein „reiner“ Demokrat, der Bourgeois Eugen Richter, erfunden und in der deutschen Literatur in Umlauf gesetzt. Er prophezeite unsagbares Unheil von der Diktatur des Proletariats, von der Konfiskation des Kapitals der Ausbeuter, er fragte mit unschuldiger Miene, wer denn Kapitalist im juristischen Sinne sei. Er führte das Beispiel einer armen, sparsamen Schneiderin (der „Spar-Agnes“) an, der die bösen „Diktatoren des Proletariats“ die letzten Groschen wegnehmen. Es gab eine Zeit, da die gesamte deutsche Sozialdemokratie sich über diese „Spar-Agnes“ des reinen Demokraten Eugen Richter lustig machte. Aber das ist lange, so lange her, als Bebel noch lebte, der offen und ohne Umschweife die Wahrheit sagte, als er erklärte, in unserer Partei gebe es viele Nationalliberale; das war in jener fernen Zeit, als Kautsky

noch kein Renegat war.

Jetzt ist die „Spar-Agnes“ in der Person des „ganz proletarisch lebenden und fühlenden Kleinmeisters mit einem Gesellen“ wieder auferstanden. Die bösen Bolschewiki tun ihm Unrecht, entziehen ihm das Wahlrecht. Freilich, „jede Wahlversammlung“, wie derselbe Kautsky sagt, kann in der Sowjetrepublik einem, sagen wir, mit dem betreffenden Betrieb verbundenen armen Kleinmeister die Teilnahme an ihr gestatten, wenn er ausnahmsweise kein Ausbeuter ist, wenn er tatsächlich „ganz proletarisch lebt und fühlt“. Aber kann man sich etwa auf die Lebenskenntnis, auf das Gerechtigkeitsgefühl einer ungeordneten und (wie schrecklich!) ohne Statut handelnden Betriebsversammlung einfacher Arbeiter verlassen? Ist es etwa nicht klar, daß es besser wäre, allen Ausbeutern, allen, die Lohnarbeiter beschäftigen, das Stimmrecht zu geben, als Gefahr zu laufen, daß der „Spar-Agnes“ und den Arbeitern Unrecht geschehe?

Mögen die verächtlichen Schurken des Renegatentums unter dem Beifall der Bourgeoisie und der Sozialchauvinisten unsere Sowjetverfassung verunglimpfen, weil sie den Ausbeutern das Wahlrecht nimmt. Das ist gut so, denn das wird den Bruch der revolutionären Arbeiter Europas mit den Scheidemann und Kautsky, den Renaudel und Longuet, den Henderson und Ramsay MacDonald, mit den alten Führern und alten Verrätern des Sozialismus beschleunigen und vertiefen.

Die Massen der unterdrückten Klassen, die klassenbewußten und ehrlichen Führer aus den Reihen der revolutionären Proletarier werden für uns sein. Es genügt, diese Proletarier und diese Massen mit unserer So-

60. Todestag W. I. Lenins

Am 20. Januar 1924 starb W. I. Lenin, Begründer und Führer der KPdSU(B), Führer der Oktoberrevolution und des Sowjetstaates, unbestritten der bedeutendste politische Persönlichkeit dieses Jahrhunderts. Viel steht da zur Auswahl, was man zum Gedenken tun könnte. Entsprechend der Roter-Morgen-Gepflogenheit war es klar, daß wir aus diesem Anlaß nicht über Lenin schreiben, sondern ihn selbst zu Wort kommen lassen. Wie in den jüngsten Ausgaben, anlässlich des 65. Jahrestags der Novemberrevolution und der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs, sollte es ein Text sein, der einerseits das Typische am Gesamtwerk einigermaßen repräsentiert, andererseits natürlich auch ein Text, der auch für unseren heutigen Kampf Bedeutung besitzt. Bei Lenin gibt es nach all diesen Kriterien immer noch Auswahl genug. Wir haben uns für einen Text „zur Staatsfrage“ entschieden, weil wir meinen, daß die hier wiedergegebenen Auszüge auch für die Diskussion, wie denn nun eigentlich der Sozialismus aussehen solle — wie er beispielsweise im Unterschied zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse in den heutigen pseudosozialistischen Staaten aussehen muß — von größter Bedeutung sind.

wjetverfassung bekannt zu machen, und sie werden sofort sagen: Das dort sind wirklich unsere Leute, das dort ist die richtige Arbeiterpartei, die richtige Arbeiterregierung. Denn sie betrügt nicht die Arbeiter mit Geschwätz über Reformen, wie uns alle eben genannten Führer betrogen haben, sondern sie kämpft ernsthaft gegen die Ausbeuter, führt ernsthaft die Revolution durch, kämpft wirklich für die volle Befreiung der Arbeiter.

Wenn den Ausbeutern nach einjähriger „Praxis“ der Sowjets das Stimmrecht durch die Sowjets entzogen worden ist, so bedeutet das, daß diese Sowjets wirklich Organisationen der unterdrückten Massen sind und keine Organisationen der Sozialimperialisten und Sozialpazifisten, die sich der Bourgeoisie verkauft haben, so bedeutet das, daß die Sowjets keine Organe des kleinbürgerlichen Paktierens mit den Kapitalisten, keine Organe des parlamentarischen Geschwätzes (der Kautsky, Longuet und MacDonald), sondern Organe des wirklich revolutionären Proletariats sind, das einen Kampf auf Tod und Leben gegen die Ausbeuter führt.

„Kautskys Büchlein ist hier fast unbekannt“, schreibt mir dieser Tage (heute haben wir den 30. Oktober) ein gut unterrichteter Genosse aus Berlin. Ich würde unseren Botschaftern in Deutschland und der Schweiz raten, sich Tausende nicht leid tun zu lassen für den Ankauf und die kostenlose Verteilung dieser Schrift unter die klassenbewußten Arbeiter, um jene „europäische“ — lies: imperialistische und reformistische — Sozialdemokratie, die längst zu einem „stinkenden Leichnam“ geworden ist, in den Schmutz zu treten.

Am Ende seines Buches, auf Seite 61 und 63, weint Herr Kautsky bitterlich darüber, daß die „neue Theorie“ (so nennt er den Bolschewismus, weil er sich fürchtet, die Analyse der Pariser Kommune durch Marx und Engels zu berühren) „sogar Anhänger in den alten Demokratien findet wie der Schweiz“. Es ist „unbegreiflich“ für Kautsky, „wenn deutsche Sozialdemokraten... diese Theorie annehmen“.

Nein, das ist durchaus begreiflich, denn nach den ersten Lehren des Krieges werden sowohl die Scheidemann als auch die Kautsky den revolutionären Massen zuwider.

„Wir“ waren stets für die Demokratie, schreibt Kautsky, und plötzlich sollten wir uns von ihr lossagen!

„Wir“, die Opportunisten der Sozialdemokratie, waren stets gegen die Diktatur des Proletariats, und die Kolb und Co. haben das längst offen ausge-

sprochen. Kautsky weiß das und glaubt vergebens, vor seinen Lesern die offensichtliche Tatsache seiner „Rückkehr in den Schoß“ der Bernstein und Kolb heimlich zu können.

„Wir“, die revolutionären Marxisten, haben niemals aus der „reinen“ (bürgerlichen) Demokratie einen Fetisch gemacht. Plechanow war bekanntlich 1903 ein revolutionärer Marxist (bis zu seiner traurigen Wendung, die ihn in die Stellung eines russischen Scheidemann brachte). Und Plechanow erklärte damals auf dem Parteitag, der das Programm annahm, daß das Proletariat in der Revolution nötigenfalls den Kapitalisten das Stimmrecht entziehen und jedes beliebige Parlament auseinanderjagen werde, wenn es sich als konterrevolutionär erweisen sollte. Daß eben diese Ansicht einzig und allein dem Marxismus entspricht, wird ein jeder wenigstens aus den von mir weiter oben angeführten Erklärungen von Marx und Engels ersehen, das geht handgreiflich aus allen Grundgedanken des Marxismus hervor.

„Wir“, die revolutionären Marxisten, haben dem Volke nie solche Reden gehalten, wie es die Kautskyaner aller Nationalitäten zu tun liebten, die vor der Bourgeoisie liebedienerten, sich dem bürgerlichen Parlamentarismus anpaßten, den bürgerlichen Charakter der heutigen Demokratie verschwiegen und nur ihre Erweiterung, ihre restlose Durchführung forderten.

„Wir“ haben der Bourgeoisie gesagt: Ihr Ausbeuter und Heuchler sprecht von Demokratie, während ihr gleichzeitig der Teilnahme der unterdrückten Massen an der Politik auf Schritt und Tritt tausend Hindernisse in den Weg legt. Wir nehmen euch beim Wort und fordern im Interesse dieser Massen die Erweiterung eurer bürgerlichen Demokratie, um die Massen zur Revolution vorzubereiten, um euch Ausbeuter zu stürzen. Und wenn ihr Ausbeuter versuchen solltet, unserer proletarischen Revolution Widerstand zu leisten, so werden wir euch erbarmungslos unterdrücken, werden euch entrechteten, mehr noch: Wir werden euch kein Brot geben, denn in unserer proletarischen Republik werden die Ausbeuter rechtlos sein, Feuer und Wasser wird ihnen entzogen werden, denn wir sind im Ernst und nicht im Scheidemannschen oder Kautskyschen Sinne Sozialisten.

So haben „wir“ gesprochen und so werden „wir“ revolutionären Marxisten sprechen, und eben darum werden die unterdrückten Massen für uns und mit uns sein, die Scheidemann und Kautsky dagegen werden auf dem Misthaufen der Renegaten enden.

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + +

Lumpenproletariat

Liebe Genossen/innen, als Leser der euch bekannten „Politischen Berichte“ des BWK habe ich in der Ausgabe Nr. 25 vom 17. 12. 83 Kenntnis bekommen, daß der V. Parteitag eurer Partei stattfand. Da ich an dem gesamten Inhalt der Beschlüsse des KPD-Parteitages sehr interessiert bin, bitte ich euch um baldige Zusendung dessen. Da es sich nur bei den „Politischen Berichten“ nur um Auszüge eurer Resolution handelt, werdet ihr euch ja sicherlich auch mit dem Verhältnis zu der VR China und der VR Albanien beschäftigen haben. Man unterstellt euch ja, daß ihr nach dem Tode Maos einen vollkommenen Kurswechsel in Richtung der VR Albanien gemacht haben sollt, was ich erst einmal nicht beurteilen kann, ob dem so ist. Glaube gerade in dieser Sache bestehen sicherlich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen euch und dem BWK. Vor mir liegt zur Zeit eure damalige Broschüre: „Der Weg der Partei“ Nr. 4 aus dem Jahre 1976 mit dem Entwurf eines Parteiprogramms. Da wird u. a. unter der Überschrift: Das Lumpenproletariat, die Penner, Gammeler usw. von euch erwähnt und diesen wird unterstellt, es handle sich dabei um Provokateure und Agenten! Ich selber, der schon über vier Jahre keine Arbeit mehr findet, bin 57 Jahre alt, sehe diese Sache anders, denn ich glaube das Problem dieser von euch erwähnten Schichten, die, so glaube ich, doch zur Arbeiterklasse gehören, werden ihre Schwierigkeiten in dieser kapitalistischen Ausbeutergesellschaft niemals lösen können, weil ja diese Gesellschaft daran auch gar kein Interesse hat. Sicherlich hat diese erwähnte Schicht auch kein großes Interesse, sich eben politisch also fortzuschrittlich zu betätigen.

Mich würde also einmal dazu eure Meinung gerne hören.

Außerdem teilt mir bitte mit, wann die Dokumentation der KPD über euren Parteitag erscheint, damit ich euch den Betrag von 6 DM zusenden kann. Was ich sehr begrüße, daß ihr eure Programmdebatte öffentlich führen wollt. Auch rich-

tig ist, daß man eine Einschätzung zu der Sozialdemokratie und die Haltung der Partei zu den parlamentarischen Wahlen zur Diskussion stellen möchte. Dadurch ergibt sich überhaupt die Frage, ob man als revolutionärer Sozialist an solchen bürgerlichen Wahlen teilnehmen sollte!

Das sollte es für heute gewesen sein, wünsche euch, der Partei ein erfolgreiches Neujahr 1984! Mit solidarischen Grüßen
R. aus Heidelberg

Verteidigung

Zum Leserbrief im Roter Morgen 1/84

Jetzt muß ich euch mal verteidigen: schreibt weiter „starke Worte“! Ruhig mal sagen, was „Sache“ ist. Was soll das, wir haben das nicht nötig, der Primitivtrick, sich hinter irgendwelchen Arbeitern zu verstecken. Mag Mao auch in vielem unrecht haben, deshalb ist die Revolution trotzdem kein Deckchensticken. Die Radikalität der Worte ergibt sich aus der Radikalität der Wirklichkeit. Das eine bedingt das andere und deshalb sollte der Leserbriefschreiber keine falschen Gegensätze à la „gegen die Radikalität der Worte, die Wirklichkeit ist radikal genug“ aufbauen. (Warum denn nicht gleich: „Milde Worte — denn das Leben ist hart genug“?). Das oben genannte Zitat sagt mir: wir wissen eh Bescheid, beschönigt und verkleistert ruhig, laßt uns raten, spekulieren und träumen. Das ist der falsche Weg, angelogen werde ich in der bürgerlichen Presse schon genug.

Zum Artikel „Arbeitslos“ im RM 51/52: Spitze! Reisi! Werde diesen Artikel als Werbeargument für den RM ganz vorne einordnen.

Und: Helmut Weiss ist euer bester Artikelschreiber, meiner Meinung nach. Frage: Wäre es möglich, weitere Kleber-Auflagen zu bekommen, denn mein Vorrat schmilzt gegen null zusammen.

Abschließend: Hiermit beglückwünsche ich Ernst Aust zu seiner klugen Entscheidung, mit gutem Beispiel voraus zu gehen. Es ist meiner Meinung nach beispiellos in der Geschichte der Kommunistischen Partei, daß ein Vorsitzender die ei-

genen Gesetze ernst nimmt und nicht bis „zum geht nicht mehr“ (Tod) an der Spitze der Macht festkleben will. Kein kommunistischer Führer außer Lenin hat es nämlich geschafft, rechtzeitig den eigenen Nachfolger einzusetzen und auszubilden. Das steigert die Bedeutung von Ernst Aust ungemein! Finde ihn deshalb einmalig gut.

Beste Grüße
H. B. Stuttgart

Gemischtwarenhandlung

Betr.: Volksfront, einige Fragen zur Diskussion, Beitrag vom BWK, RM-Nr.: 51/52 Seite 6 und 7

Liebe Genossen! Nach mehrmaligem Lesen dieses Artikels, ich mußte das tun, um ihn richtig zu verstehen —, kommt es mir vor, als ob das KPD-Organ „Roter Morgen“ eine Gemischtwarenhandlung ist. Warum? Das Beste und Lesenswerteste ist unter der Überschrift rechts zu finden.

Aber was dann kommt, da bekam ich den Eindruck, daß jeder sich revolutionär gebende Intellektuelle seine geistige Ware, und ist sie noch so platt und dumm, bei euch verkaufen kann.

Oder sollte das etwa mit dem neuen Demokratieverständnis und der Sehnsucht nach einer Massenpartei zusammenhängen? Ich meine, ihr hättet die beiden Seiten für andere, bessere Beiträge nutzen sollen.

Mit antifaschistischen Grüßen

Ein Genosse aus Homburg

„Vorher lesen?“

Euren Versuch, die Parole vom mangelnden Eigenkapital im „Roten Morgen“ zu erklären, fand ich gut. Trotzdem sollte man mal überlegen, ob ihr nicht gerade solch einen Artikel nicht mal einen engagierten Kollegen vorher lesen lassen solltet. Ich glaube, daß man da noch mehr erklären muß.

Mit solidarischen Grüßen
J. R. aus Hamburg

„Muß auch gesagt sein!“

Wenn von den sowjetischen Verantwortlichen die Forderung gestellt wird, erst die atomaren US-Abschlußbasen, die gegen den Osten gerichtet, abzubauen, dann kann weiter verhandelt werden, dann geschieht das mit Recht. Die BRD ist nun mit Atomraketen bewaffnet. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die DDR mit Atomwaffen nachzieht. Es ist doch so, wenn der böse Nachbar sich einen Knüttel hinter die Tür stellt, tut der Bedrohte das auch. Es muß immer wieder herausgestellt werden, daß der US-Atom-bombenabwurf über Hiroshima und Nagasaki Massensterben brachte. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß die Atombomben der Sowjetunion nie in Anwendung kommen, und auch nicht als erstes angewandt werden. Auch ist nicht vom Tisch zu wischen, daß Angriffskriege von der westlichen Welt praktiziert wurden, die von der Gegenseite bekämpft werden mußten. Der II. Weltkrieg ging auch wie der I. Weltkrieg von deutschem Boden aus. Die Naziherrscher, die vom Finanzkapital auf die Bühne gehoben wurden, gaben „Kanonen statt Butter“, und zündeten in der Welt das Feuer an. Aber sie bekamen vom sowjetischen Volk, unter Führung Stalins, den Todesstoß. Dieses Volk hat im eigenen Land durch die Nazibarbarei unsagbare Leiden hinnehmen müssen. Auch diese Schandtaten bleiben unvergessen. Nach dem Sieg über den Faschismus war Stalins Streben, ein geeintes Deutschland auf friedlicher, sozialistischer Grundlage anzubahnen, damit von deutschem Boden nie mehr ein Krieg ausbrechen kann. Gegenwärtig hat die Kriegsgefahr durch die atomaren US-Abschlußbasen in der BRD eine hohe Stufe erreicht. Diese Atomwaffen, die Massenvernichtung bringen können, machen die Forderung notwendig: Ein vereintes, unabhängiges sozialistisches Deutschland mit allen Menschen, denen ein Leben im gerechten Dasein am Herzen liegt, daß bringt die Garantie, die Sicherung eines echten Friedens. „Das auf gut Deutsch!“
Mit freundlichem Gruß
W. K. aus Essen

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereint Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch, widerruflich, monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von DM zu Lasten meines Girokontos Nr.

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts)

Bankleitzahl durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Name, Vorname, genaue Anschrift)

Ort, Datum

Unterschrift

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ... ab Nr.
Die Zahlung erfolgt:
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM
☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei über DM
☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname
Straße
PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290
(Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Arbeiterpolitik

in Betrieb und Gewerkschaft

- unterstützt
- dokumentiert
- analysiert
- und kritisiert

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Literatur — speziell zum Jahrestag der Nazi-Machtübernahme am 30. Januar

Von Weimar zu Hitler

Deutschland — Sein oder Nichtsein?

Band 1

Paul Merker

Materialismus Verlag

426 Seiten, 22,— DM

Tatsachen + Hintergründe
Entwicklungen und Enthüllungen
Schlußfolgerungen

Das Dritte Reich und sein Ende

Deutschland — Sein oder Nichtsein?

Band 2

Paul Merker

Materialismus Verlag

578 Seiten, 26,— DM



(Sonderausgabe des Theoretischen Organs der KPD „Weg der Partei“, heute „Kommunistische Hefte“, 160 Seiten, 5,— DM)

Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526

Wichtigstes Ergebnis der bisher im Roter Morgen zum Thema Volksfront veröffentlichten Diskussionsbeiträge ist dies: BWK, FAU und KPD sprechen sich für eine Weiterentwicklung der Volksfront als antifaschistisch-demokratischer Organisation aus. Das ist wichtig. Nicht obwohl, sondern gerade weil in den angesprochenen Stellungnahmen eine Reihe teilweise durchaus grundsätzlicher Differenzen deutlich geworden sind hinsichtlich der Beurteilung der objektiven Bedingungen, taktischen Grundsätze, der Aufgaben und Ziele des antifaschistisch-demokratischen Kampfes.

Wer ist die Reaktion?

Einig sind sich FAU, BWK und KPD offensichtlich darin, daß ein besonderer Kampf gegen die politische Reaktion und die Gefahr des Faschismus notwendig ist. Die Frage aber, gegen wen antifaschistische Einheitsfrontpolitik heute gerichtet sein muß, wird in den vorliegenden Stellungnahmen dennoch keineswegs einheitlich beantwortet. Unterschiedlich ist offensichtlich, wie „Reaktion“ definiert, wer ihr zugerechnet wird.

Da formuliert etwa die FAU: „Zur Reaktion gehört wer: seine sozialen Interessen als Einheit mit der Notwendigkeit des Weiterbestehens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begreift und verteidigt...“ (RM 37/1983). Ergänzt wird dieser Definitionsversuch mit folgenden Hinweisen: jeder Chauvinist gehört zur Reaktion, in der CSU finden wir mehr Reaktionen als in der Gewerkschaft, bei den Faschisten mehr als bei der Sozialdemokratie u. a.

Besonders unmißverständlich ist das nicht formuliert. Uns scheint aber im Kern folgendes umschrieben zu sein: als Reaktion wird die Kapitalistenklasse und der ideologisch an den Kapitalismus gebundene Teil der Bevölkerung verstanden.

In dem Diskussionsbeitrag des BWK vom August letzten Jahres heißt es: „Wer die Reaktion ist und wie sie zu kritisieren ist, wird in den Organisationen unterschiedlich bestimmt. Es wird jedoch kaum bestritten, daß die offenen und direkten Vertreter der Monopolbourgeoisie, die reaktionärsten wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Vertreter, Ansichten und Meinungen der herrschenden Klasse angegriffen werden müssen, wenn man die herrschende Klasse angreifen will.“ (RM 32/33/1983)

Im letzten Diskussionsbeitrag des BWK findet sich als Gegenvorschlag zu einer als „verwaschen“ empfundenen KPD-Formulierung im Hinblick auf die Friedensbewegung folgender Versuch, die Frage „gegen wen?“ zu beantworten: „gegen den BRD-Imperialismus, gegen die westdeutsche Reaktion unter Absage an alle nationalen und vaterländischen Bünde mit diesen Gegnern.“ (RM 51/52/1983)

Auf das Problem des „Nationalen“ bzw. des „Chauvinismus“ wollen wir noch zu sprechen kommen. Zunächst einmal geht es uns um folgendes: die zitierten Versuche der konkreten Bestimmung der Reaktion enthalten kaum Elemente, aus denen sich die Begründung eines besonderen (unterschieden vom allgemeinen Kampf gegen den Kapitalismus) Kampfes gegen die Reaktion ableiten ließe. Stattdessen enthalten sie Anhaltspunkte dafür, daß in der Tendenz Reaktion mit bürgerlicher Politik schlechthin, deren Streben stets die Verwirklichung

Diskussionsbeitrag der KPD

Den Einheitsfrontcharakter der Volksfront wahren!

Mit diesem Beitrag der KPD endet vorerst die Veröffentlichung von Diskussionsbeiträgen von Organisationen, die die Arbeit der Volksfront unterstützen. An dieser Diskussion im Roter Morgen haben sich außer der KPD der BWK und die FAU beteiligt. Durch diese Diskussionen wird nicht die Politik der Volksfront entschieden. Die Volksfront als Organisation, der viel mehr Mitglieder angehören als die der genannten Organisationen, als weltanschaulich und parteipolitisch unabhängige Organisation bestimmt ihre Politik selbst und steht allen antifaschistischen Kräften offen. Die Beiträge der „Roter-Morgen“-Diskussion ermöglichen jedem Interessierten und allen Volksfront-Mitgliedern einen Einblick — und, wenn man so will, auch eine Kontrolle — der Positionen und Absichten von politisch weitergehend orientierten und organisierten Kräften, die durch einen Teil ihrer im antifaschistischen Kampf aktiven Mitglieder Einfluß auf die Volksfront nehmen.

Redaktion Roter Morgen

kapitalistischer Interessen und die Sicherung bürgerlicher Klassenherrschaft ist, bzw. noch allgemeiner mit Kapitalismus/Imperialismus gleichgesetzt wird. Wir halten diese Auffassungen theoretisch für falsch. In ihren politischen Konsequenzen stehen sie, wenn sie tatsächlich erbarmungslos auf die Spitze getrieben werden, zu Einheitsfrontbestrebungen gegen Reaktion und Faschismus im Widerspruch.

Der Grund ist simpel: wenn der Kampf gegen die Reaktion der Kampf gegen die herrschende Klasse und ihr politisches System schlechthin ist, folgt daraus, daß in diese Front nur solche Menschen und Kräfte einbezogen werden können, die ideologisch nicht mehr an die Bourgeoisie und den Kapitalismus gebunden sind. Was soll dann der Umweg über eine Frontbildung gegen Reaktion und Faschismus? Faktisch würde es ja ohnehin um die Bildung einer Front gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus gehen. Politische Reaktion und faschistische Bestrebungen würden sozusagen im Rahmen des Sturzes des Kapitalismus in einem Aufwasch mitgeschlagen.

Nun gehen wir davon aus, daß weder die FAU noch der BWK die Dinge so sehen. Sonst hätten sie keinen Anlaß, die Volksfront zu unterstützen und in ihr mitzuarbeiten. Weil uns in den Diskussionsbeiträgen diese Frage aber sehr unklar scheint, wollen wir noch einmal unsere Auffassung dazu darlegen, wer in diesem Land die politische Reaktion ist.

Zwei Methoden bürgerlicher Herrschaft

Sozusagen idealtypisch lassen sich zwei Methoden bürgerlicher Politik zur Sicherung der kapitalistischen Klassenherrschaft unterscheiden:

1. Jene, die gekennzeichnet ist durch weitestgehende Ablehnung von Zugeständnissen an die Arbeiterbewegung, die die bürgerlichen Klasseninteressen durchsetzen will in direkter und durchgängiger Konfrontation mit der Arbeiterbewegung, die systematisch die Schwächung, Zersetzung, Niederhaltung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung im allgemeinen betreibt.

2. Jene, die die direkte und durchgängige Konfrontation mit den Gewerkschaften vermeiden will, die durch kalkulierte Reformen und Zugeständnisse stattdessen die Einbindung der Gewerkschaften in das bürgerliche System erreichen will. Versteht sich, daß beide

Grundformen bürgerlicher Herrschaftssicherung im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus stattfinden. Unbestreitbar ist auch, daß in der kapitalistischen Wirklichkeit beide Methoden nicht so fein säuberlich getrennt sind, sondern in der Regel kombiniert zur Anwendung kommen. Dennoch lassen sich in jedem kapitalistischen Land Phasen unterscheiden, in denen die Bourgeoisie ihre Interessen hauptsächlich durch Konfrontation mit und Niederhaltung der Arbeiterbewegung oder hauptsächlich durch Einbindung der Gewerkschaften zu verwirklichen sucht. Der Vergleich der Ära Ade-

parteien und der Gefahr des Faschismus gesehen werden muß, läßt sich ganz allgemein erst einmal so beschreiben: innerhalb der Spannweite der auf Sicherung der Klassenherrschaft und der Herstellung optimaler Bedingungen der Kapitalverwertung verpflichteten Methoden bürgerlicher Politik ist der Faschismus extremster Gegenpol zu jener Politik der Bourgeoisie, die darauf abzielt, durch abgewogene Reformen und Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung die Integration der Gewerkschaften in das bürgerliche System zu erreichen. Der Faschismus ist vielmehr extremster Ausdruck jener Methoden bür-

mus.

In der BRD und Westberlin hat sich, sofern es die Frage der politischen Parteien betrifft, der Konservatismus im wesentlichen in der CDU/CSU formiert. Daß die reaktionärsten politischen Bestrebungen des Finanzkapitals in der Vergangenheit tatsächlich über die CDU/CSU vorgetragen wurden, scheint uns augenfällig zu sein. Offenkundig ist allerdings auch, daß vor allem in der CDU auch andere Strömungen existieren, die umstandslos nicht der von uns skizzierten konservativ-autoritären Richtung bürgerlicher Politik zuzuordnen sind. Zu nennen wären vor allem die Sozialausschüsse.

Außerhalb der CDU/CSU hat sich die politische Reaktion in einer Unzahl von zum Teil ziemlich große Massen erfassenden Organisationen formiert (Vertriebenenverbände, Burschenschaften, Bundeswehrverband, konservative Aktion, Deutschland-Stiftung u. a.), deren aggressive Haltung zur organisierten Arbeiterbewegung und demokratischen Bestrebungen sich teilweise nur noch in Nuancen von der der offen faschistisch auftretenden Organi-



nauer mit der Periode der Kanzlerschaft Willy Brandts macht in der jüngeren Geschichte den Unterschied zwischen einer Phase, in der das konservativ-autoritäre Moment überwiegt und einer Phase, in der das reformistische Element mit dem Ziel der weitgehenden Integration der Gewerkschaften in das bürgerliche System überwiegt, deutlich.

Nun stellt der BWK die Frage: „Was also meint die KPD, wenn sie von Strauß als dem Bindeglied zwischen heute und Faschismus spricht?“ (RM 51/52/1983) Spricht man von Strauß, geht es nicht vor allem um die Person, sondern um das Programm, das er vertritt. Strauß steht für eine Strömung in den Unionsparteien, die den Kurs der Konfrontation mit der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften besonders aggressiv betreibt.

Der Zusammenhang, der zwischen dieser gegen die Arbeiterbewegung besonders aggressiven Strömung in den Unions-

gerlicher Klassenpolitik, die die Niederhaltung, die völlige Unterwerfung der Arbeiterbewegung mit den Mitteln offener Unterdrückung und Gewalt zu bewerkstelligen suchen.

Die reaktionärsten, nach innen und außen aggressivsten finanzkapitalistischen Bestrebungen, die vom 7. Weltkongreß der Komintern unserer Auffassung nach zu Recht als Haupttriebkraft bei der Errichtung der faschistischen Diktatur bewertet wurden, treten politisch keineswegs stets als direkt faschistische auf den Plan. Sie suchen sich vielmehr, so lange eine Gefährdung der bürgerlichen Herrschaft durch den proletarischen Klassenkampf nicht besonders aktuell ist, in der Regel politisch durchzusetzen über jene Variante bürgerlicher Politik, die im Rahmen der parlamentarischen Herrschaftsform der Bourgeoisie die Linie der offenen Konfrontation mit der organisierten Arbeiterbewegung vertritt und dafür eine Massenanhängerbildung betreibt: den Konservatis-

sationen unterscheidet. Daß die offenen faschistischen Organisationen ins Lager der politischen Reaktion gehören, ist wohl unbestritten.

Gehört die Sozialdemokratie zur politischen Reaktion?

Aus diesem hier notwendig teilweise verkürzt dargelegten Begriff von politischer Reaktion ergeben sich deutlich andere Schlußfolgerungen als wenn man unter Reaktion tendenziell die bürgerliche Politik schlechthin bzw. den Kapitalismus/Imperialismus begreift. Beispielsweise zu der, daß die SPD (wir reden nicht von einzelnen Führern) keine Partei der politischen Reaktion ist.

Daß die SPD als Regierungspartei in Bonn Politik im Interesse des Finanzkapitals gemacht hat, steht dabei außer Frage. Ebenso offenkundig ist aber auch, daß die ausschlaggebenden finanzkapitalistischen Krei-

se schließlich die SPD als Regierungspartei nicht mehr wollten und ihren Sturz betrieben. Der Grund dafür liegt darin, daß es der SPD als Partei unmöglich ist, auf Dauer eine Politik der durchgängigen Konfrontation mit den Gewerkschaften zu betreiben. Es ist ihr unmöglich, bei Verfolgung einer solchen Politik die Stabilität ihres Massenanhanges und die Stabilität der Partei selbst auf Dauer zu wahren. Deshalb ist es ihr nicht möglich, zur Durchsetzung einer solchen Politik eine stabile Regierung der Bourgeoisie zu bilden.

Der Nutzen der SPD als Regierungspartei liegt für die Bourgeoisie gerade in ihrem vorherrschenden Einfluß auf die Gewerkschaft, also darin, daß die SPD an der Regierung eine Politik im kapitalistischen Klasseninteresse verfolgen und zugleich die Unterstützung bzw. Tolerierung dieser Politik durch die Gewerkschaften erreichen kann.

Setzt sich im Finanzkapital die Auffassung durch, die Regierung müsse eine Politik verfolgen, die nur in direkter Konfrontation mit den Gewerkschaften durchsetzbar ist, Ziel der Regierungspolitik müsse die Isolierung, Schwächung, Zersetzung, Niederhaltung der Gewerkschaften und nicht ihre Einbeziehung in die bürgerliche Politik sein, dann steht die SPD dazu tatsächlich — und nicht nur aus Wahlkampfgründen — in einer Opposition. Wie schwächlich und welcher Art diese Opposition ist, zeigt sich freilich daran, daß sie sich vor allem darin ausdrückt, daß über den Klassenkampf von oben gemurmelt und für die Erhaltung des sozialen Friedens geworben wird.

Wohlgemerkt: die SPD ist eine politische Partei des westdeutschen Imperialismus und die Volksfront muß Maßnahmen der politischen Unterdrückung oder der Kriegsvorbereitung, die von der SPD durchgeführt oder mitgetragen werden, bekämpfen. Aber: wenn der Begriff Reaktion etwa im Namen der Volksfront eine konkrete Aussagekraft haben soll, kann die SPD nicht eingeschlossen sein. Alle Bestrebungen zur Frontbildung gegen Reaktion und Faschismus müssen ausdrücklich in Rechnung stellen, daß die SPD zu beiden in einer gewissen oppositionellen Stellung ist. Das ist keine nebensächliche Frage. Die Mehrheit des Industrieproletariats und ein beträchtlicher Teil der Bündnisschichten sind sozialdemokratisch beeinflusst.

Aus der Antwort auf die Frage „gegen wen?“ ergibt sich zu einem wesentlichen Teil auch die Antwort auf die Frage „mit wem?“. Aus der von uns kurz dargelegten Bestimmung der Reaktion ergibt sich, daß Frontpolitik gegen die Reaktion ausdrücklich darauf angelegt sein muß, die große Zahl der Menschen, die sich noch keineswegs durchgängig von der bürgerlichen Politik abgrenzen, aber in Opposition zum Vormarsch der Reaktion stehen, tatsächlich in eine Kampfstellung gegen die Reaktion zu bringen. Die Politik der Volksfront darf darum nicht den durchgängigen Bruch mit der Sozialdemokratie oder den Grünen zur Voraussetzung der Einheit gegen Reaktion und Faschismus machen. Daß der Zustrom etwa sozialdemokratisch beeinflusster Arbeiter in die Volksfront gegenwärtig im wesentlichen nicht stattfindet, ist eine bedauerliche Tatsache, aber kein Argument dagegen, daß die Volksfront unbedingt eine auf diese Massen ausgerichtete Politik verfolgen muß. Allerdings — hier ist dem BWK zuzustimmen — ohne die Illusion die

Volksfront könne unter den gegenwärtigen Umständen tatsächlich zur Organisation dieser Massen werden.

Die tendenzielle Gleichsetzung der Reaktion mit bürgerlicher Politik schlechthin läuft dagegen darauf hinaus, die Basis für eine Frontpolitik gegen Reaktion und Faschismus und für eine antifaschistisch-demokratische Organisation wie der Volksfront im wesentlichen auf bestehende revolutionäre Organisationen und subjektiv revolutionär eingestellte Menschen

Sowjetunion kritisiert, daß nicht nur die NATO, sondern auch der Warschauer Pakt als aggressiv charakterisiert wird.

2. Der BWK wendet sich dagegen, daß die Bundesregierung auch in dem Sinn kritisiert wird, sie würde den Kriegskurs Washingtons unterstützen. Der BWK wendet sich dagegen, daß die Volksfront die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO mit der Notwendigkeit des Abkoppelns von der Kriegspolitik der beiden Supermächte

Überlegenheit der deutschen Nation gegenüber anderen Nationen vertreten oder ähnliches, wenn man nur die Warnungen des BWK vor „vaterländischen Bündeleyen“ mit dem westdeutschen Imperialismus, nicht aber die Politik der Volksfront kennen würde.

Man kann der Friedensbewegung sicher manches nachsagen, daß sie in nennenswerten Teilen von einem aggressiven Nationalismus geprägt wäre, ist schlichtweg unzutreffend.

anzustacheln und die Mobilisierung des Volkes gegen den imperialistischen Konkurrenten und eventuellen Kriegsgegner zu erreichen.

Die Friedensbewegung in unserem Land bezieht sich zwar in erheblichem Umfang auf nationale Interessen, diese beiden Grundelemente des reaktionären imperialistischen Nationalismus gibt es aber nicht — jedenfalls sind sie für diese Millionen Menschen erfassende Bewegung in keiner Weise repräsentativ.

Wie verlaufen die Fronten?

Überhaupt scheint es uns notwendig zu sein, konkret zu diskutieren, wo der BWK das trojanische Pferd des Nationalismus in der Friedensbewegung, aber eben auch in der Volksfront und in unserer Partei sieht. Gegen eine Aussage im Diskussionsbeitrag unserer Partei vom Dezember letzten Jahres, daß es gelte, die Gefahr aufzuzeigen, die unser Land und Volk aus der Konfrontation der beiden waffenstarken Militärblocke, an deren Nahtstelle wir liegen, drohen, wendet sich der BWK u. a. wie folgt:

„Wenn mit dieser Begründung dann der Austritt aus der NATO gefordert wird, nicht als Schwächung des BRD-Imperialismus, sondern als Schutzmaßnahme „unseres Landes“ — die herrschende Klasse also eingeschlossen — vor äußeren Gefahren, dann ist das eine falsche, nämlich nationale Begründung für eine im Prinzip und allgemein richtige Forderung.“ (RM 51/52/1983)

Der Kern der Sache wird auf den Kopf gestellt. Wie verlaufen die Fronten in dieser Frage? Die

mus ausschließlich den Willen zur „Schwächung des BRD-Imperialismus“ anerkennt, dann grenzt er das Widerstandspotential gegen die Kriegspolitik des Imperialismus auf die subjektiv revolutionären Kräfte ein. Die Frage sei erlaubt: wem würde es nützen, wenn in unserem Land die Bewegung gegen die sogenannte Nachrüstung und zunehmend auch gegen die NATO, nicht Millionen erfassen würde, sondern auf die subjektiv revolutionären Kräfte begrenzt wäre?

Die vom BWK geforderte Übernahme einer solchen Position durch die Volksfront würde die Volksfront nach unserer Auffassung in die Gefahr bringen, nur noch für Revolutionäre annehmbar zu sein. In unseren Augen würde sie damit ihren eigentlichen Bestimmungszweck verfehlen. In diesen Befürchtungen, daß Überlegungen des BWK den notwendigen Einheitsfrontcharakter einer antifaschistisch-demokratischen Organisation wie der Volksfront nicht ausreichend in Rechnung stellen, werden wir dadurch bestärkt, wie der letzte Diskussionsbeitrag des BWK die programmatische Grundlage der Volksfront interpretiert.

Was nicht Grundlage der Volksfront sein kann ...

Zu Recht wird festgestellt, daß die Volksfront programmatisch nicht auf den Sozialismus, aber auch nicht auf die Verteidigung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung festgelegt ist. Auch unsere Partei hält im Hinblick auf den Charakter der Volksfront beides

die offene und direkte Form der Diktatur der Bourgeoisie vorbereiten, zuläßt,

• den Kampf gegen die in der BRD herrschende und ausbeutende Klasse und nicht gegen ihre Konkurrenten und Gegner führt,

bietet es die Grundlage für eine Politik des strikten Antifaschismus, Antimilitarismus, Antinationalismus und Antiimperialismus.“

Festzustellen wäre als erstes, daß es relativ unerwartet ist, das zur Hauptsache eines Programms zu machen, was ausdrücklich und in leicht erkennbarer Absicht nicht festgelegt ist. Natürlich ist in der vom BWK dargelegten Argumentation ein richtiger Kern: die Grundsätze der Volksfront bieten offenkundig absichtlich keine Handhabe für jene „wehrhaften Demokraten“, die die Unterdrückung und den Terror gegen revolutionäre und fortschrittliche Kräfte mit der Verteidigung der Verfassung und der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ begründen wollen. Die Grundsätze der Volksfront verwechseln die Freiheit des Handels und der unternehmerischen Verfügung über die Produktionsmittel nicht mit der Freiheit des Volkes.

Aber: aus der Tatsache, daß die Volksfront sich nicht programmatisch auf das Grundgesetz und das Privateigentum festlegt, die Forderung abzuleiten, die Volksfront müsse nun in der antifaschistisch-demokratischen Bewegung vor allem die Nichtbewegung auf das Privateigentum und das Grundgesetz vertreten, ist praktisch identisch mit der Forderung, die Volksfront müsse vor allem für die Revolution und den Sozialismus eintreten.



1. Mai 1949: nationale Losungen gegen die Politik des Imperialismus

einzuengen. Die Absicht, die Volksfront als Organisation in eine solche Richtung zu bewegen, wird in den Diskussionsbeiträgen nicht geäußert und von uns nicht unterstellt. Was dort aber als Haltung zur Friedensbewegung oder zum Kapitalismus von der Volksfront gefordert wird, scheint uns eben darauf hinauszuweisen.

Verharmlosung des BRD-Imperialismus?

Einen beträchtlichen Teil vor allem seines zweiten Diskussionsbeitrages widmet der BWK der Kritik der Politik der Volksfront in der Friedensbewegung. Der BWK schreibt:

„Einwände gegen Grundlagen und Ziele der Volksfront, die da lauten, mehr Kampf gegen die Sowjetunion und mehr Kritik an den USA — dementsprechend weniger bis gar keinen Kampf gegen den BRD-Imperialismus — finden im Beitrag der KPD zumindest keinen manifesten Widerspruch.“ (RM 51/52/1983)

Daß die Volksfront die aggressiven Bestrebungen und Ziele des westdeutschen Imperialismus, seine konkreten Maßnahmen gegen die Friedensbewegung angegriffen hat und angreift, kann ernsthaft nicht bestritten werden. Genau so wenig kann bestritten werden, daß die Volksfront sich nicht auf blockübergreifende Friedenslösungen beschränkt, sondern für einseitige Abrüstung des westdeutschen Imperialismus eintritt, dessen einseitigen Austritt aus der NATO fordert, sich gegen den BRD-Rüstungshaushalt wendet usw. Genau so wenig kann bestritten werden, daß die Volksfront sich vor allem gegen den US-Imperialismus und die NATO und nicht vor allem gegen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt wendet. Diskutieren kann man natürlich darüber, ob die Volksfront das gut oder schlecht, ausreichend oder nicht ausreichend getan hat.

In Wirklichkeit geht es aber um andere Fragen:

1. Der BWK wendet sich dagegen, daß die Volksfront überhaupt die Hochrüstung in der

und der von ihnen geführten aggressiven Militärblocke begründet. In diesen und anderen Stellungnahmen der Volksfront sieht der BWK eine Verharmlosung des westdeutschen Imperialismus.

3. Der BWK wendet sich dagegen, daß die Volksfront Forderungen wie die zum NATO-Austritt oder gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles nicht nur vom Standpunkt der Schwächung des westdeutschen Imperialismus aus begründet, sondern auch Argumentationen entwickelt oder unterstützt, die sich auf Deutschland und damit auf die Nation beziehen.

Zur Frage der Kritik der Sowjetunion und des Warschauer Pakts: auch wenn es zweifellos die Aufgabe der Volksfront ist, gegen die Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus und der NATO zu kämpfen, gilt es dabei doch zugleich, gegenüber den Kriegsgegnern in diesem Land sich klar zu der Frage zu äußern, ob die Sowjetunion ein äußerer Verbündeter der Friedensbewegung ist. Eine Organisation wie die Volksfront, die der imperialistischen Kriegshetze programmatisch das Streben nach Völkerverständigung (Grundsätze der Volksfront) entgegensetzt, wird dies nur glaubwürdig tun können, wenn sie in der öffentlichen Diskussion ihre Gegnerschaft sowohl zum US-amerikanischen Überfall auf Grenada, als auch zur sowjetischen Invasion in Afghanistan deutlich macht. Eine Organisation wie die Volksfront, die den Austritt aus der NATO fordert, wird nicht umhin kommen, auch ihre Haltung zum Warschauer Pakt darzulegen.

Ist die Friedensbewegung nationalistisch?

Am wichtigsten ist dem BWK in seiner Kritik an der Politik der Volksfront in der Friedensbewegung offensichtlich die Frage des Nationalismus. Man müßte vermuten, die Volksfront würde eine Propaganda für Großdeutschland betreiben, chauvinistisch die

Offensichtlich sieht der BWK jede politische Position, die sich zu ihrer Begründung auf nationale Interessen beruft, allein deshalb bereits als reaktionär an, weil er davon ausgeht, daß jede Berufung auf nationale Interessen notwendigerweise auf „vaterländische Bündeleyen“ mit der eigenen Bourgeoisie hinausläuft.

In dieser Verallgemeinerung ist das auch unter den Bedingungen imperialistischer Länder nicht richtig. Selbst für Deutschland, wo die historischen Erfahrungen diese Annahme des BWK reichlich zu bestätigen scheinen, gibt es Gegenbeispiele. Die Kritik des Versailler Vertrages als imperialistisch und ungerecht, wie sie von der KPD und der Kommunistischen Internationale formuliert und unterstützt wurde, bezog sich selbstverständlich auch in Deutschland auch auf die Frage der Nation. Im Widerstand gegen den Hitler-Faschismus gab es Strömungen, die ihre Gegnerschaft zu den Nazis vor allem damit begründeten, daß sie Schande und Verderben über Deutschland gebracht hätten, und damit meinen wir nicht irgendwelche reaktionären Offizierskreise, die sich um den Sieg im Weltkrieg gebracht sahen. Nach dem zweiten Weltkrieg bezog sich der Widerstand gegen die Politik des Bruchs des Potsdamer Abkommens, gegen die vollständige Restauration imperialistischer Verhältnisse in den Westzonen, gegen die Wiederbewaffnung, gegen die Westintegration usw. ganz wesentlich auf die nationale Frage.

Beispiele dafür, daß sich auch in imperialistischen Ländern auf der Grundlage nationaler Interessen ein Widerstand gegen den eigenen Imperialismus entwickelt hat, sind zahlreich. Nicht jede Berufung auf nationale Interessen ist eben nationalistisch. Der Nationalismus der Bourgeoisie benutzt die Frage der Nation im wesentlichen in zweierlei Hinsicht: erstens um den Kampf für Arbeiterinteressen als schädlich hinzustellen und eine reaktionäre Mobilisierung gegen die Arbeiterbewegung zu erreichen, zweitens um in der Bevölkerung den Haß gegen andere Nationen



22.11.1981: KPD-Transparent auf der Bonner Demonstration anlässlich des Breschnew-Besuchs — nationalistisch?

Bourgeoisie sagt: notfalls muß das Vaterland in einem Krieg verteidigt werden und darauf müssen wir uns vorbereiten. Erfreulicherweise antworten darauf heute Millionen Deutsche: dieses Land und seine Bewohner können in einem Krieg, wie er droht, überhaupt nicht verteidigt, sondern nur vernichtet werden und deshalb kämpfen wir gegen eure Kriegsvorbereitungen, deshalb sind wir gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, deshalb sind wir gegen die NATO.

Sicher ist es eine Position, die sich auf das Land und damit auch auf die Nation bezieht, ohne sich in irgendeiner Weise gegen andere Länder und Nationen zu wenden. Es ist aber vor allem auch eine defätistische Position, die die von den Imperialisten geforderte „Verteidigungsbereitschaft“ erheblich zersetzt.

Wenn der BWK als Motiv für den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen des Imperialismus

für richtig und wichtig.

Im nächsten Gedankenschritt wird festgestellt, daß die programmatische Grundlage der Volksfront sich dadurch von einer Vielzahl anderer gegen die Reaktion gerichteter Programme unterscheidet. Das ist soweit zutreffend.

Nach dieser Vorbereitung wird dann der „besondere und qualifizierte Beitrag, den die Volksfront zur Herausbildung einer Einheitsfront der arbeitenden Klassen gegen die Reaktion zu leisten hat“, dahingehend bestimmt, daß die Volksfront folgendes in der antifaschistischen Bewegung vertreten und anwenden müsse:

„Nur weil das Volksfrontprogramm

• keine Bindungen und Zugeständnisse an die Sicherung des Privateigentums im Kampf gegen die terroristischen Mittel zu seiner Verteidigung macht,

• keine Einschöpfung auf die FDGO im Kampf gegen diejenigen, die zu ihrer Verwirklichung

Mag sein, daß das alles einfach nur zu „strikt“ formuliert und in dieser Konsequenz so nicht gemeint ist. Darüber wird man weiter diskutieren müssen.

Es geht uns nicht darum, einen versöhnlichen Abschluß zu finden, wenn wir zum Abschluß dieses Artikels feststellen, daß die im Roten Morgen veröffentlichten Diskussionsbeiträge von BWK, FAU und KPD zwar grundlegende Differenzen zutage gefördert haben, aber natürlich auch viel Übereinstimmung darüber, daß es gilt, der Reaktion in der Frage der Unterdrückung der politischen Unterdrückung, der Ausländerpolitik, der Duldung und Förderung der offenen faschistischen Organisationen, der Kriegsvorbereitungen gemeinsam entgegenzutreten. Die strittigen Fragen müssen weiter diskutiert, die notwendige Einheit im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg gestärkt werden.

H. D. Koch

Interview mit Z. Mofokeng in Kiel

Warum sind Sie gerade nach Kiel gekommen, welche Anknüpfungspunkte gibt es dafür?

Es geht nicht um einen bestimmten Bereich. Es sollen so viele Leute wie möglich angesprochen werden. Aber die Kohlelieferung an die Kieler Stadtwerke und die Frage des Boykotts interessiert mich. Zum Boykott der Kohle aufzurufen, ist ein richtiger Schritt zur Unterstützung der azanischen Arbeiter.

Ich möchte etwas zu den Bedingungen in den Bergwerken sagen: Die Arbeiter werden unterbezahlt. Sie müssen auf dem Werksgelände in Baracken unter unhygienischen Verhältnissen leben. Die Arbeiter sind sich dessen bewußt, daß die Minenbesitzer davon profitieren. Was die Regierung davon abschöpft, nutzt sie zur Unterdrückung der schwarzen Arbeiter. Die Gewerkschaft der schwarzen Gemeindearbeiter unterstützt den Boykott.

Gibt es einen Zusammenschluß schwarzer Gewerkschaften?

Es gibt den CUSA (Verband der südafrikanischen Gewerkschaften). In ihm sind ca. elf schwarze Gewerkschaften zusammengeschlossen. Es besteht eine besondere Situation der schwarzen Gewerkschaften. Es gibt z.B. einen Zusammenschluß in Gewerkschaften, wo nicht auf Branchenzugehörigkeit geachtet wird. Sind genügend Mitglieder einer Branche vorhanden, dann erfolgt eine Teilung nach Branchen. So sind auch die Gemeindearbeiter organisiert worden.

Wie leben die schwarzen Arbeiter, nicht nur die Bergarbeiter?

Die Männer, die in der Mine/Bergwerk arbeiten, wohnen auf dem Minengelände. Die meisten von ihnen sind Wanderarbeiter, deren Familienangehörige woanders wohnen. Dort, in der Mine, wohnen sie dicht zusammengedrängt. Das Essen ist oft schlecht, nicht ausgewogen. Weil der Lohn so niedrig ist, ist es auch nicht möglich, sich zusätzliches Essen zu kaufen und gleichzeitig die Familien zu unterstützen. Die Lebensbedingungen in den Homelands sind sehr schlecht. Es gibt kaum Gesundheitsversorgung.

Es gab mal ein Black Community Programm, das war eine Klinik mit schwarzen Ärzten, die auf freiwilliger Basis eine Versorgung der schwarzen Bevölkerung übernahmen. Aber als 1977 die Bewegung des schwarzen Bewußtseins (Black Consciousness Movement) verboten wurde, ging auch dies Projekt mit unter. — Die Wasserversorgung ist schlecht und es herrschen schlechte sanitäre Bedingungen.

Welche Sanktionen ergreift die Regierung gegen die unabhängigen Gewerkschaften?

Spezielle Gesetze dafür gibt es nicht. Aber sowohl Regierung wie auch die Firmen versuchen alles, um den gewerkschaftlichen Kampf zu entmutigen. Die Anführer der Gewerkschaften bringen die meiste Zeit im Gefängnis zu. Von den Firmen wird meistens eine Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft verweigert, vor allem, wenn diese Mitglieder auf dem Firmengelände werben. Die Firmen sagen, daß sie nur mit registrierten Gewerkschaften verhandeln.

Im Rahmen seiner Rundreise durch die Bundesrepublik kam Herr Z. Mofokeng, der Vertreter der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter (SABMAWU), am 11. 1. 84 nach Kiel. Er beantwortete dort im Rahmen einer Pressekonferenz der Grünen Fragen der Kieler Stadtzeitung „Spökenkieker“, der Grünen und einer Genossin der KPD, die für den Roten Morgen an der Konferenz teilnahm. Im folgenden veröffentlichen wir wesentliche Passagen des Interviews.

Das macht die Arbeit für uns sehr schwierig.

Wie werden Gewerkschaftszusammenkünfte organisiert? Finden sie auch außerhalb des Firmengeländes statt?

Die Gewerkschaft versucht die Leute außerhalb der Arbeit zu treffen, wo sie wohnen. Es werden von der Gewerkschaft auch Presseerklärungen abgegeben, damit die Leute wissen, wo sie die Gewerkschaft treffen können. Ist die Gewerkschaft aktiv, dann spricht sich das schnell herum, wo man sie treffen kann. In Johannesburg ist das relativ einfach. Wir hatten dort einen Fall, wo ein Wanderarbeiter, der dort zehn Jahre lang wohnte und somit für die Niederlassung in der Stadt qualifiziert war, diese verweigert werden sollte. Die Gewerkschaft versuchte die Niederlassung durchzusetzen und der Kampf war erfolgreich. Dadurch strömten die Leute nur so in unser Büro. Wenn man über so einen Fall eine Anzahl schwarzer Arbeiter in einem Betrieb gewonnen hat, dann kann man auch eine Versammlung machen.

Was heißt das — Wanderarbeiter, welche Gesetze bestehen für sie?

In meiner Gewerkschaft sind die meisten Mitglieder Wanderarbeiter. Hier sind Straßenfeger u.ä. organisiert. Die Arbeiter aus den Homelands dagegen müssen arbeiten, daher müssen sie auch Arbeiten zu schlechtem Lohn annehmen, die andere nicht mehr machen. Allgemein machen die ganzen schweren Arbeiten die Wanderarbeiter aus den Homelands. Für sie besteht folgendes Problem: Es ist den Leuten aus den Homelands nicht gestattet, länger als 72 Stunden ohne Arbeit in einer Stadt zu bleiben. Deshalb müssen sie jede Arbeit annehmen. Sie sind keine „Bürger Südafrikas“.

Die Kontrakte der Wanderarbeiter in Minen u.ä. laufen nur über ein Jahr, dann müssen sie zurück ins Homeland, um den Vertrag erneuern zu lassen. Dadurch haben sie das Problem, 10 Jahre lang in einer Stadt gearbeitet zu haben. — Die 10-Jahre-Regelung gilt nur für Schwarze.

Was passiert mit Arbeitern, die arbeitslos werden?

Die müssen sofort zurück in ihr Homeland.

Wie können sie dann weiterexistieren?

Außer auf Farmen gibt es für sie dort keine Arbeitsmöglichkeit. Deshalb versuchen arbeitslos gewordene Arbeiter, etwas anderes zu suchen oder sie gehen in den Homelands zu den Regierungsbüros, um eine neue Arbeit zu erhalten.

Gibt es Arbeitslosenunterstützung?

Nein.

Gibt es eine Ausbildung/Lehre? Ab welchem Alter müssen Kinder/Jugendliche arbeiten?

Hinsichtlich einer Lehre gibt es keine Bestimmungen. Es steht

im Belieben der Firmen, ob sie eine durchführen oder nicht. Die Schwarzen bekommen mit 16 Jahren einen Paß. Der sagt, ob man eingestellt werden kann oder nicht, gibt Auskünfte über die Person, wo sie bisher gearbeitet hat, usw.

Es gibt viele Fälle, wo Kinder unter 16 Jahren arbeiten, ohne Paß, z.B. Zeitungen verkaufen u.ä., dafür erhalten sie wenig Geld.

Gibt es viele Jugendliche in eurer Gemeinschaft?

Die meisten Mitglieder sind um die 20 Jahre alt. Daß es so viele junge Leute sind, liegt an der Arbeit und daran, daß gerade sie jede Arbeit annehmen müssen, die z.B. viele ältere Arbeiter in der Stadt einfach nicht mehr machen.

Was ist der Unterschied zwischen registrierten und unabhängigen Gewerkschaften?

Die Absicht der Regierung bei der Pflicht zur Registrierung besteht darin, die schwarzen Gewerkschaften zu kontrollieren, ihre Bücher einzusehen, ihre Tätigkeit zu kontrollieren. Diese Absicht der Regierung rührt auch daher, daß schwarze Gewerkschaften existieren, obwohl sie verboten waren. Daher dachte sich die Regierung, es sei für sie besser, Gewerkschaften zuzulassen, die sie selbst durch die Registrierung kontrollieren kann, als wenn die schwarzen Mitglieder selbst die Kontrolle durchführen.

Welchen Unterschied gibt es bei Arbeitskämpfen und politischen Kämpfen zwischen registrierten und unabhängigen Gewerkschaften? Wie weit nehmen die registrierten Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter wahr?

Die registrierten Gewerkschaften müssen einen gesetzlich vorgeschriebenen Weg durchlaufen, um streiken zu können. Die unabhängigen Gewerkschaften entscheiden das selbst.

Falls eine Gewerkschaft einen Antrag für Streik stellt und die nationale Arbeitskräfteorganisation „nein“ sagt, dann können die registrierten Gewerkschaften nichts machen. Es gibt auch keine Beschwerdeinstanz gegen diese Entscheidung. Die unabhängigen Gewerkschaften richten sich nach ihren Mitgliedern. Wollen diese einen Streik, dann findet er statt.

Wie werden die unabhängigen Gewerkschaften aufgebaut, welche Widerstände der Regierung dagegen gibt es?

Das Hauptmittel der Regierung ist das Gefängnis. Es vergeht kein Tag, an dem nicht mehrere Gewerkschaftsführer im Gefängnis sitzen. Die meisten Firmen stimmen mit der Regierung überein: sie verhandeln nicht mit unabhängigen Gewerkschaften, erlauben keine Tätigkeit von diesen auf dem Firmengelände.

Dagegen machen die Firmen den registrierten Gewerkschaften ihre Tätigkeit sehr leicht, auch den Verbindungskomitees, in denen Arbeiter und Mitglie-

der der Firmenleitung sitzen.

Der Gefängnisarrest der Gewerkschaftsführer schüchtert die Gewerkschaftsmitglieder und potentielle Mitglieder ein. Viele Arbeiter wissen nicht, ob es legal ist, in der Gewerkschaft zu sein. Sie assoziieren Gewerkschaft mit illegal.

Trotz dieser Hindernisse baut ihr eure Gewerkschaft auf. Wie gelingt euch das?

Ich sagte vorhin schon, daß die Gewerkschaft versucht, die Leute zu Hause anzutreffen. Vor allem über positiv erfolgte Auseinandersetzungen werden Leute organisiert und kommen in unser Büro. Auch erhalten die Mitglieder Flugblätter zur Verteilung, auf denen die zu erörternden Themen stehen. Diese Verteiler werden dann meistens Vertrauensleute, und über diese Vertrauensleute erfolgt die Mitgliederwerbung.

Wie können die unabhängigen Gewerkschaften ein Büro unterhalten, wenn sie illegal sind?

Es gibt kein Gesetz, daß es nichtregistrierten Gewerkschaften verbieten würde, ein Büro zu unterhalten. („Nichtregistriert“ heißt nicht „illegal“). Die Regierung sagt nur: die registrierten Gewerkschaften haben unseren Schutz. Aber darauf kann man sich natürlich nicht verlassen.

Welche Beispiele für den Kampf der unabhängigen Gewerkschaften gibt es?

Wir haben einige erfolgreiche Kämpfe durchgeführt. Wir haben z.B. durchgesetzt, daß einige, die ungerechtfertigt entlassen wurden, wieder eingestellt wurden. Wir haben die Auszahlung von Urlaubsgeld und anderen Zahlungen, die verweigert wurden, durchgesetzt. Wir haben hinsichtlich der Niederlassung nach der 10-Jahre-Regelung einige Fälle gewonnen. Nur über diese Erfolge haben wir eine Mitgliederorganisation erreicht. Erschwerend für unsere Tätigkeit ist, daß wir nur einen hauptamtlichen Gewerkschaftsführer für die ganze nationale Organisation haben. Wenn wir mehr hauptamtliche Funktionäre hätten und das Transportproblem lösen könnten, könnten wir einen sprunghaften Mitgliederanstieg erreichen.

Kann man sagen, daß Südafrika quasi in Arbeitsteilung mit den USA und anderen imperialistischen Ländern wie der BRD die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika abwürgt?

Ja, das kann man sagen, denn die Wirtschaftsbeziehungen und die Politik der multinationalen Konzerne dort stützen das Apartheidssystem. Die Schwarzen haben nichts von diesen Wirtschaftsbeziehungen, sondern nur das Apartheidssystem selbst, und die multinationalen Konzerne werden nichts unternehmen, um die Gesetze zu ändern. Sie behandeln die Arbeiter so, wie die südafrikanische Regierung es vorschreibt. Daher hat die Forderung nach Abzug der multinationalen Konzerne die Unterstützung der Schwarzen.

Man muß sich nur ansehen, wer für Investitionen eintritt, und wer nicht. Diejenigen, die für die Investitionen eintreten mit der Begründung, sonst würden die Schwarzen leiden, keine Arbeit mehr haben usw., sind die gleichen Leute, die mit der Regierung zusammenarbei-

ten. Von den schwarzen Gewerkschaften fordert keine diese Investitionen.

Spielt die BRD eine besondere Rolle in Südafrika?

Die BRD-Konzerne unterscheiden sich nicht von den anderen Konzernen. Sie alle unterstützen das Regime. Deshalb möchte ich hervorheben, wie man in der BRD den schwarzen Gewerkschaften helfen kann: Man muß hier in der BRD dafür eintreten, daß die westdeutschen Konzerne ihre Investitionen aus Südafrika zurückziehen.

Was können wir darüber hinaus zur Unterstützung tun?

Außerdem brauchen wir dringend finanzielle Hilfe. Wir haben nicht genügend personelle Kräfte, keine ausreichenden Transportmöglichkeiten, wir brauchen Geld für Räume, Telefon, eine Alphabetisierungskampagne, um die nationale gewerkschaftliche Tätigkeit aufrechterhalten zu können.

Dem Erhalt des Systems in Südafrika dienen ja nicht nur Investitionen aus der BRD in Südafrika, sondern auch Importe aus Südafrika, die neben privaten Konzernen auch von öffentlicher Seite betrieben werden, wie z.B. der Import von

Kohle durch die Kieler Stadtwerke. Wie bewerten Sie das?

Ebenso wie wir gegen die Investitionen sind, sind wir auch gegen die Exporte aus Südafrika. Besonders gegen die Kohleexporte. Die Kohle ist ja deshalb so billig, weil die schwarzen Minenarbeiter unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Wenn man in der BRD durchsetzen könnte, daß nicht nur die Investitionen in Südafrika, sondern auch die Importe aus Südafrika verhindert wären, wäre das ein großer Schlag gegen das Regime. Die Befreiungsbewegung würde das als Unterstützung ihres Kampfes begreifen, wenn man das durchsetzt.

Dritte-Welt-Gruppen, kirchliche Gruppen usw. führen ja eine Boykottkampagne: Kaufen keine Südfrüchte aus Südafrika! Halten Sie eine ähnliche Kampagne gegen südafrikanische Kohle auch für nötig in Anbetracht dessen, daß 75 Prozent der südafrikanischen Kohleexporte nach Europa gehen?

Je größer die Boykottbewegung ist, desto besser. Es wäre günstig, wenn die ganze Welt das täte und den UNO-Beschluß nach Boykott einhielte.



DISCOUNT MARKET

UNTERSTÜTZT DEN AUFBAU UNABHÄNGIGER GEWERKSCHAFTEN IN SÜDAFRIKA

Veranstaltungstermine der Rundreise des Vertreters der South African Black Municipal Workers' Union

Fr., 20. 1.	Dortmund, Sozialakademie Dortmund, Hohe Str. 141, 19.30 h
Sa., 21. 1.	Köln, Severinstorburg, 20.00 h
Mo., 23. 1.	Schweinfurt, Gewerkschaftshaus, Großer Saal, 19.00 h
Di., 24. 1.	Augsburg, Zeughaus, 20.00 h
Mi., 25. 1.	München, Schäffler Saal, Hofbräuhaus, am Platzl, 19.30 h
Fr., 27. 1.	Ravensburg, Gasthof Storchen, 20.00 h
Sa., 28. 1.	Stuttgart, Jugendzentrum Mitte, 19.30 h
Mo., 30. 1.	Freiburg, Fabrik, Theatersaal, Habsburgerstr., 20.00 h
Di., 31. 1.	Schwäbisch Hall, Club Alpha, Pfarrgasse, 20.00 h
Mi., 1. 2.	Heilbronn, DGB-Jugendheim, 19.30 h
Do., 2. 2.	Heidelberg, Gewerkschaftshaus, 19.30 h
Fr., 3. 2.	Frankfurt, Gewerkschaftshaus, 19.30 h

Spendensammlung zur Unterstützung in Südafrika inhaftierter Gewerkschafter:
Konto C.U. Monica (Unterstützung inhaftierter Gewerkschafter in Südafrika), BfG: Köln, Kto.-Nr. 1146368600 (BLZ: 37010111)

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13 00-13 30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14 30-15 00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16 00-16 30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18 00-18 30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19 00-19 30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21 30-22 00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23 00-23 30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6 00-6 30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Medizin-„Skandal“ in Südafrika

Schwarzes Blut für weiße Übermenschen?

Ein Arzt in Südafrika hat den Stein ins Rollen gebracht. Er klagt über seine Schwierigkeiten. Bei Blutübertragungen. Denn schließlich ist ja, in Südafrika zumindest, Blut nicht gleich Blut. Zwar: Beides ist rot, dennoch gibt es schwarzes und weißes Blut. Und was soll da der Arzt tun?



Verunglückten Schwarzen beispielsweise Blut eines weißen Spenders zu übertragen, das ist anscheinend keine Schwierigkeit. Der Empfänger wird ja sozusagen „veredelt“. Aber was ist, wenn ein Weißer Blut braucht? Darf man ihm „schwarzes“ Blut übertragen? Wo bleibt da die Rassentren-

nung? Der Normalfall ist es — immerhin — nicht. Bei einer Operation, die geplant ist, wird fein säuberlich darauf geachtet, daß ein Weißer auch „weißes“ Blut bekommt. Es ist ihm ja schließlich nicht zuzumuten, sozusagen ein halber Untermensch zu werden.

Das Problem wird nur akut,

wenn es sich um dringende Fälle handelt. Schließlich: Als südafrikanischer Übermensch als Superbure will man zwar kein schwarzes (rotes?) Blut haben, aber man will auch nicht sterben. Und unsterblich sind sie trotz allem noch nicht, die Weißen in Südafrika. Also braucht ein Weißer dringend Blut, kann es ihm passieren, daß er solches von einem Schwarzen bekommt. Und dann? Ist er denn dann eigentlich noch weiß? Oder wie? Schwarze und Weiße dürfen keinen Geschlechtsverkehr haben, zwecks Rassentrennung, laut Gesetz. Aber dann

sogar Blutvermischung? Da schwankt des Rassisten Weltbild. Und ein Arzt hat seine Nöte: Er kann wegen unterlassener Hilfe vor Gericht kommen, er kann es aber auch wegen Vergehens gegen die Rassentrennung. Eine echte Zwickmühle, erst recht für einen Arzt, der selbst Rassist ist.

Jedenfalls: Die Klage des betreffenden Arztes hat einiges in Bewegung gesetzt, es wird lebhaft diskutiert. Ein Journalist steht inzwischen vor Gericht. Er hatte geschrieben, das Erstaunlichste sei doch wohl, daß ein Weißer, dem schwarzes Blut übertragen worden sei, gar nicht schwarz geworden sei. Vielleicht löst eine Blutspendekampagne in Westeuropa (und bitte nur: West, denn wer weiß, was mit den Slawen so alles mitkommt) das Problem der bürischen Herrenmenschen? Oder vielleicht sterben sie gar aus? So kann man sich Probleme schaffen...

Getty-Verkauf

Das Milliardenenspiel

„Jemand, der im Ölgeschäft mit Millionenbeträgen rechnet, der ist ein Krämer, aber kein Ölmann“ (John D. Rockefeller). In der Tat: Der Verkauf von Getty-Öl an die Texaco zum Preis von rund 10 Milliarden Dollar (125 Dollar je Aktie des 40prozentigen Familienanteils) durch den Getty-Clan ist ein Milliardenending, da kommt auch der raffinierteste englische Post- oder Diamantenräuber nicht mit. Der Clan bekommt nach neuem Kurs über 28 Milliarden DM und wird sicher wissen, wie man sich vor Steuern schützt...

53 Leute, die an der „Sara Getty Trust“ beteiligt sind, das ist der Getty-Clan, drei Generationen, Vetterschaft dritten Grades, das sind die Grenzen dieser Gesellschaft.

Produktiv gearbeitet hat von diesen 53 noch nie einer, auch nicht als Geschäftsmann. Gordon Getty, bisher Chef des Trusts und damit automatisch Vorsitzender der Gettyoil, weiß viel über Archäologie und schreibt Musik. Er hatte ja auch bereits runde 2 Milliarden Dollar geerbt, als Papa Paul vor 12 Jahren das Zeitliche segnete. Trotzdem dieser ihn nicht besonders leiden konnte, hat er, wie sein Bruder, den Löwenanteil des Trust, zusammen ein Drittel, bekommen. Macht jetzt rund 4,5 Milliarden Mark dazu. Von anderen Beteiligungen des Trusts ganz abgesehen, denn mit dem Verkauf des Ölgeschäfts werden die Gettys keinesfalls „Rentiers“.

„Die können auch nicht mehr als ein Schnitzel essen“, ist eine vielbenutzte Redewendung, wen das Thema auf die Reichen und die Superreichen kommt. Was aber ganz falsch ist. Wen der normale Arbeiter als „reich“ kennt und so empfindet, der ist im übrigen in den Augen solcher Leute bestenfalls ein Emporkömmling, wenn nicht ein armer Schlucker.

Können sie nämlich wohl. Können sich, wie Getty Junior an einem Tag in London für über 100.000 DM alte Bücher kaufen und für weitere 50.000 DM Kleider für die Freundin. Darin werden sie in Amerika wohl nur noch von den noch Reichen der Yankee-Geldadels übertroffen.

Wenn die Mellons, Vanderbilts oder gar Rockfellers ein-

kaufen gehen, dann haben die Luxusgeschäfte Rotalarm — so steht es in einer offiziellen Beschreibung des Einzelhandels in New York, und es gilt nicht nur für diese Leute und diese Stadt.

Leute von diesem Kaliber sind es, die über ihre Beziehungen, über ihre Anwälte (so läuft es vor allem in den USA) die Politik machen, in der Regel: machen lassen, und zwar in allen beiden US-Parteien. Für sie tauchen Arbeiter noch nicht einmal als Lohnkosten auf, das ist für ihresgleichen eine Etage zu tief, da sollen sich die hochbezahlten Manager mit befassen. Sie wollen die Dollars sehen.

Da wird denn auch nicht mit Millionen gerechnet, wenn etwa die Ölfelder in Nahost drohen, aus amerikanischer Hand zu entgleiten. Da ist das Öl in den USA selbst aber auch besonders wichtig und da hat Getty eine ganze Menge von. Jetzt hat es Texaco. Und Pennzoil will dagegen klagen. Eine kleinere Firma. Aber dem Rockefeller-Mellon-Trust zugehörig, weshalb sie leicht in der Lage wäre, nicht nur noch mehr Milliarden lockerzumachen, sondern vielleicht doch auch „recht“ zu bekommen und das ganze rückgängig zu machen.

Von solchen Leuten hängt diese kapitalistische Wirtschaft ab. In den USA und — eine Nummer kleiner in der Regel — auch in der Bundesrepublik. Sie betreiben ihr Milliardenenspiel, von ihnen so etwas zu erwarten wie „menschliches Gewissen“ oder „soziales Empfinden“ oder was es an humanen Schlagworten noch geben mag, ist zu viel verlangt. Wo sie doch weniger reiche Menschen in der Regel entweder als Staffage oder als Dienerschaft kennenlernen.

Rückleuchte

Fehlabbgabe

„Fehlbelegungsabgabe“ heißt das Ding richtig. In NRW von der SPD-Regierung so beschlossen. Um was es geht: Wer zuviel verdient, soll zusätzlich eine Abgabe bezahlen, wenn er Mieter einer Sozialwohnung ist. Nirgends gibt es so viele Sozialwohnungen wie in NRW. Ein ungeheurer Verwaltungsaufwand ist damit verbunden.

Und doch: zunächst einmal hört sich das ganz gut an. Wer kennt sie nicht, die Geschichte vom Zahnarzt, der in einer Sozialwohnung wohnt. In der Tat gibt es viele solcher, im wahrsten Sinne des Wortes, fehlbelegter Wohnungen.

Aber wenn die sozialdemokratische Landesregierung schon mal sozial wird, dann aber auch so, daß von der ursprünglich erklärten Absicht bestimmt nichts übrig bleibt. Der Ton macht die Musik, und die Töne, die da angeschlagen werden, klingen schrill.

Pro Quadratmeter Wohnfläche kann diese Abgabe bis zu 2 DM betragen. Wobei man rund gerechnet, ab 30.000 brutto jährlich bezahlen soll. Das heißt zweierlei: Die Maßnahme trifft vor allem Arbeiterfamilien, die im Laufe der siebziger Jahre ihr Einkommen verbessert haben. Und sie trifft, bei einer Obergrenze von 2 DM ebenganz bestimmt nicht jene, die ein Vielfaches dieses Einkommens beziehen. Der berühmte Zahnarzt zahlt das aus der linken Westentasche (oder schützt sich mit Steuergeschäften davor), wer berappt, sind die Proleten, die noch Arbeit haben.

Es ist nicht nur die Sache mit der Bürokratie, daß man alle überprüft, daß es das ganze, oder genug einschüchternd wirkende Hin und Her mit den Ämtern gibt — erfolgreiche Abschreckung bringt schließlich die Höchstabgabe rein — es ist gerade die Art der Bewertung, die diese Maßnahme, die Rau und Genossen als sozial verkaufen wollen, eine andere, entgegengesetzte, unsziale Auswirkung hat.

Wenn Raus Regierung mal sozial werden will, dann kommt so was raus: Eine echte Fehlabbgabe. Die bestimmt nicht aus Naivität zustandekam.

„Wir wollen Stachel im Fleisch sein...“

Schicken Sie Ihr Kind nach Koblenz

Zum 1. Oktober wird in Koblenz die zweite bundesdeutsche Privatuniversität eröffnet, die sich ausschließlich den Wirtschaftswissenschaften widmen will. Offener und direkter als die erste solche Uni in Herdecke (NRW) wird der Elitedenkmal vertreten: 32.000 DM kostet das vierjährige Studium dort.

Träger des Projektes ist die Koblenzer IHK, finanziert wird das ganze, bei Kosten von 25 Millionen von „der Wirtschaft“. Abitur, kaufmännische Ausbildung oder Praxis und ein Eignungstest sind die Voraussetzungen — neben dem nötigen Kleingeld, versteht sich. Immerhin runde 800 Mark im Monat, wahrlich nicht für jedermann. Soll auch nicht.

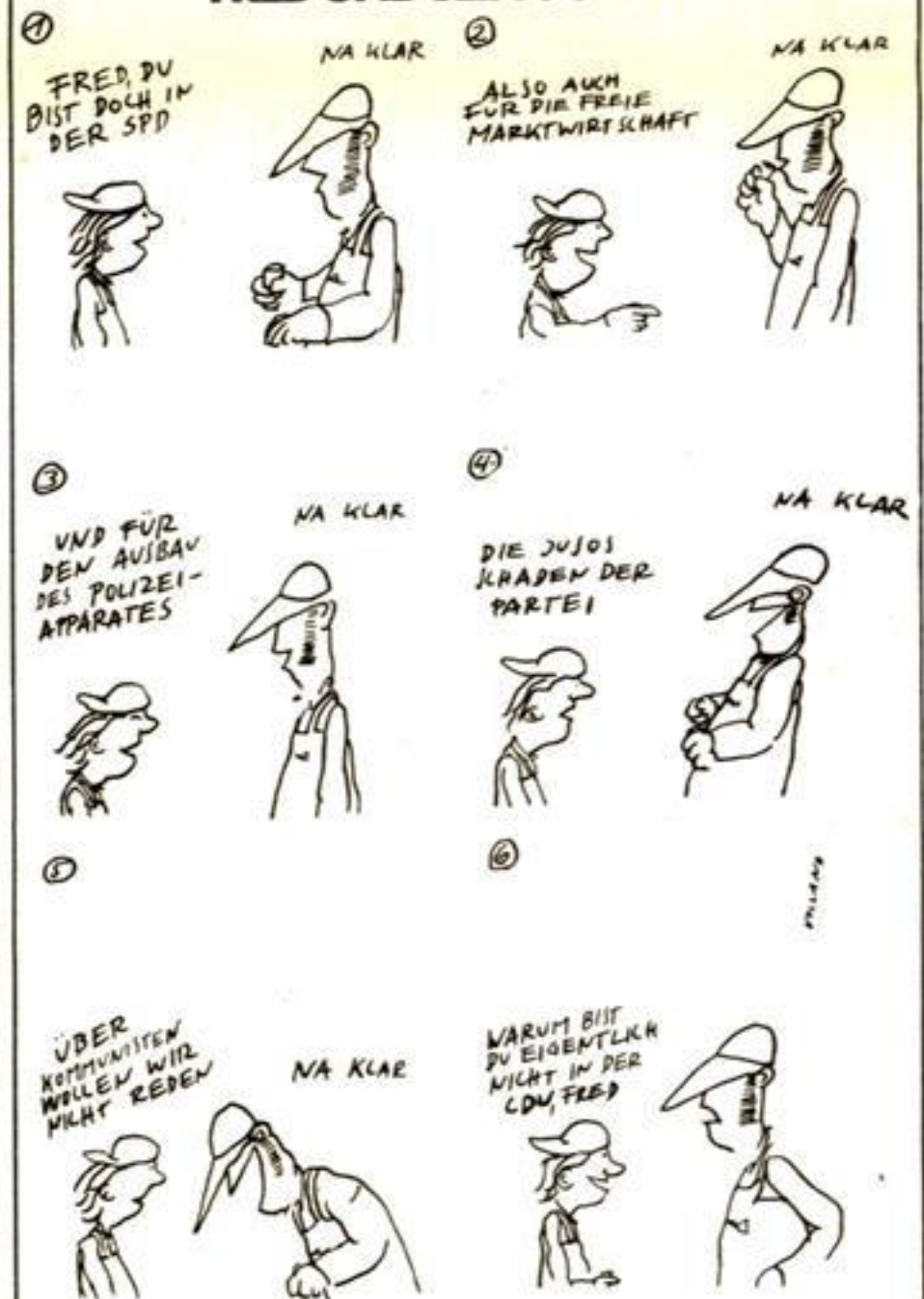
Mitbegründer Professor Glittenberg zur Presse: er wolle maximal 350 Studenten da haben, keinesfalls mehr. 50—70 davon können ein Stipendium bekommen. Eliteanspruch, leistungsbezogenes Prüfungssystem, Praxisbezug in Forschung und Lehre, internationale Praktika, in individuelle Betreuung der Studenten, neue Lehrmethoden und keine verbeamteten Wissenschaftler — das seien die Grundzüge dieses Privatuni-Gedankens. Der Gedanke an die Eliteunis in USA, Britannien und Frankreich liegt nahe und ist auch gewollt. Man wolle

schließlich „Stachel im Fleisch der staatlichen Universitäten sein.“

Kein Wunder, daß die Bundesregierung beziehungsweise die rheinland-pfälzische Landesregierung diese „Initiative“ wärmstens begrüßt. Es paßt schließlich genau in ihre Bildungspolitik hinein. Denn einig ist sich die Reaktion in einem: Es gibt zu viele Studenten, man muß zumindest wieder ganz offen zwei Klassen von Hochschulen schaffen, schließlich braucht ja auch die herrschende Klasse qualifizierten Nachwuchs. Schicken Sie Ihr Kind nach Koblenz. Vorausgesetzt, Sie haben die „Mäuse“ dazu. Aus Koblenz jedenfalls werden keine studierenden Arbeitslosen kommen, das erscheint sicher. Schicken Sie Ihr Kind nach Koblenz, vorausgesetzt, Sie haben einen eigenen Betrieb und wollen ihn (steuerbegünstigt) vererben. Oder steht dieser Artikel vielleicht in der falschen Zeitung?

Frage der Woche

FRED UND SEIN SOHN



So gestellt von Ernst Volland im Rotfuchs-Buch 175 (Rowohlt Verlag). Eine Frage, die wirklich nicht nur diesen Fred betrifft...

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALEKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecav, Linnestr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlef, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318. 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Hausmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 66 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.